

missio

Internationales Katholisches Missionswerk e.V.
Fachstelle Menschenrechte

Pontifical Mission Society
Human Rights Office

Oeuvre Pontificale Missionnaire
Secteur « Droits de l'Homme »

Dr. Otmar Oehring (Hrsg./editor/éditeur)

Postfach 10 12 48
D-52012 Aachen
Tel.: 0049-241-7507-00
FAX: 0049-241-7507-61-253
E-mail: menschenrechte@missio.de
humanrights@missio.de
droitsdelhomme@missio.de

© missio 2009
ISSN 1618-6222

missio-Bestell-Nr. 600 300

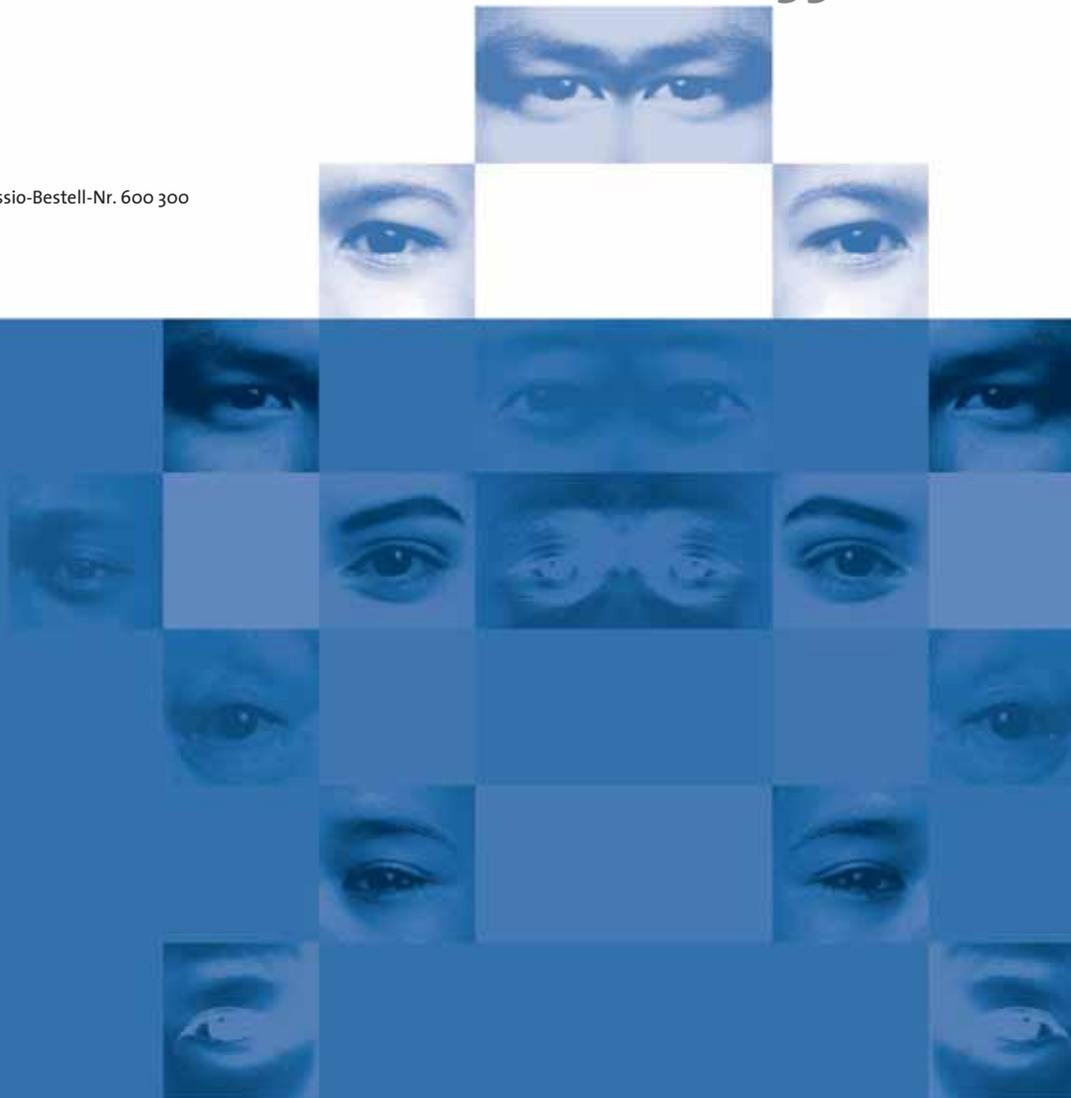
missio

35

Human Rights
Droits de l'Homme
Menschenrechte

Neles Tebay

Jakarta und Papua
im Dialog
Aus papuanischer Sicht



Das Anliegen der „Fachstelle Menschenrechte“ ist es, die Kenntnis über die Menschenrechtssituation in den Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens zu fördern. Um diesem Ziel näher zu kommen, engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit und fördern den Austausch der kirchlichen Partner *missios* in Afrika, Asien und Ozeanien mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland. In der Reihe „Menschenrechte“ werden Länderstudien, thematische Studien sowie die Ergebnisse von Fachtagungen publiziert.

Der Papua-Konflikt begann mit der Übernahme der Macht über Papua durch Indonesien am 1. Mai 1963 und dauert bis heute an. Am Konflikt, der zu schweren Menschenrechtsverletzungen auf der westlichen Hälfte der Insel Neuguinea geführt hat, sind zwei Parteien beteiligt – die Regierung Indonesiens und das Volk Papuas. Beide Konfliktparteien haben sich dazu verpflichtet, die Probleme im Dialog zu lösen, und sie haben diese Verpflichtung auch mehrfach in öffentlichen Erklärungen bekräftigt. Bislang hat es jedoch keinerlei Versuche gegeben, sich schriftlich auf die von der Regierung und dem papuanischen Volk angestrebte Art des Dialoges zu verständigen. Die vorliegende Studie Jakarta und Papua im Dialog unterbreitet Vorschläge, wie ein Dialog zum Papua-Konflikt aussehen könnte. Sie sind als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Der Artikel nennt die Themen, über die eine Einigung erzielt werden muss, bevor der Dialogprozess beginnen kann, schlägt einige Prinzipien und Richtlinien für den Dialog vor, beschreibt die zu nutzenden Mechanismen, benennt Teilnehmer und Vermittler und trägt Argumente für die notwendige Beobachtung der Folgeentwicklung vor. Außerdem macht er klar, dass die Unabhängigkeit West-Papuas in den Verhandlungen zwischen der Regierung Indonesiens und dem papuanischen Volk keine Rolle spielen sollte.

Die vorliegende deutsche Fassung basiert auf der englischen Übersetzung des ursprünglich auf Indonesisch verfassten Artikels *Dialog Jakarta-Papua, Sebuah Perspektif Papua*, der 2009 vom Sekretariat für Gerechtigkeit und Frieden der Diözese Jayapura (Sekretariat Keadilan dan Perdamaian Keuskupan Jayapura), Papua, veröffentlicht wurde.

Neles Tebay ist Priester in der Diözese Jayapura, West-Papua. Von 1998 bis 2000 war er als Journalist für die „Jakarta Post“, eine in der indonesischen Hauptstadt Jakarta erscheinende englischsprachige Tageszeitung, tätig. Er erhielt seine Ausbildung am Katholischen Institut für Philosophie und Theologie in Jayapura und erwarb seinen Doktorgrad im März 2006 an der Päpstlichen Universität Urbaniana in Rom. Der Titel seiner Doktorarbeit lautet: „Die Versöhnungsmission der Kirche in West-Papua im Lichte von *Reconciliatio et Paenitentia*“. Er ist der Verfasser von „West Papua: The struggle for peace with justice“, herausgegeben vom Katholischen Institut für internationale Beziehungen (CIIR), London, 2005.

- 30 **Diffamierung von Religionen und die Menschenrechte**
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 293
- 31 **Hintergrundinformationen: Aufnahme von Irakflüchtlingen**
Zur Situation nichtmuslimischer Flüchtlinge in den Nachbarländern des Irak
deutsch (2008) – Bestellnummer 600 294
englisch (2008) – Bestellnummer 600 295
französisch (2008) – Bestellnummer 600 296
- 32 **Gewalt gegen Christen in Indien – eine Erwiderung**
Demokratie, Säkularismus und Pluralismus in Indien
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 297
- 33 **Gewalt gegen Christen in Indien – eine Erwiderung**
Religiöse Gewalt in Orissa: Fragen, Versöhnung, Frieden und Gerechtigkeit
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 298
- 34 **Boko Haram – Nachdenken über Ursachen und Wirkungen**
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 299
- 35 **Jakarta und Papua im Dialog – Aus papuanischer Sicht**
deutsch (2009) – Bestellnummer 600 300
englisch (2008) – Bestellnummer 600 301
französisch (2008) – Bestellnummer 600 302

Inhalt

2	Allgemeine Angaben zu West-Papua
3	Einleitung
5	1. Argumente für einen Dialog zum Papua-Konflikt
5	1.1 Gewalt als untaugliches Mittel zur Konfliktlösung
6	1.2 Sonderautonomie hat das Leben der Papuaner nicht verbessert
7	1.3 Mangelnde Konsequenz der Regierung bei der Durchsetzung des Sonderautonomiegesetzes
9	1.4 Schwindendes Vertrauen der Papuaner in die Regierung
10	1.5 Schwindende internationale Unterstützung der Regierungsposition
13	2. Der Wille zum Dialog
13	2.1 Verpflichtungen Jakartas
14	2.2 Verpflichtungen Papuas
18	3. Papuas Unabhängigkeit steht nicht auf der Dialog-Agenda
19	4. Regierung muss Vertrauen der Papuaner gewinnen
20	5. Festlegung von Rahmenbedingungen
21	6. Grundprinzipien
22	7. Dialogziel: „Papua, Land des Friedens“
23	8. Aktive Teilhabe der papuanischen Gemeinschaft
23	8.1 Indigene Papuaner
24	8.2 Bewohner Papuas
25	9. Im Dialog zu erreichende Zwischenziele
26	10. Etappen des Dialogprozesses
26	10.1 Interner Dialog unter den indigenen Papuanern
27	10.2 Dialog zwischen indigenen und nicht-indigenen Papuanern
28	10.3 Dialog zwischen Vertretern des papuanischen Volkes in Papua und im Exil
29	10.4 Dialog zwischen Vertretern der indonesischen Regierung und des papuanischen Volkes
30	11. Dialogpartner
32	12. Vermittler
33	13. Beitrag von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen
34	14. Die Rolle einer dritten Seite
36	15. Beobachtung der Folgeentwicklung
37	Fazit
38	Fußnoten

Allgemeine Angaben zu West-Papua

Name des Territoriums	Die einheimischen Papua nennen das Gebiet <i>West-Papua</i> , die indonesische Regierung verwendet die Bezeichnung Papua (früher Irian Jaya).
Status	Von 1828 bis 1962 war West-Papua niederländische Kolonie; nach der Übernahme durch Indonesien 1963 ist es nun eine indonesische Provinz mit besonderem Autonomiestatus. Im Jahre 2006 teilte die indonesische Regierung das Gebiet in zwei Provinzen, die <i>Provinz Papua</i> (Propinsi Papua) und die <i>Provinz West-Papua</i> (Propinsi Papua Barat)
Oberfläche	421.918 km ²
Gesamtbevölkerung	<i>Provinz Papua</i> (2007): 2.015.616 <i>Provinz West-Papua</i> (2006): 702.202.
Einwohner	1.241.462 (52 %) Papua; 1.145.965 (48 %) indonesische Immigranten (2002)
Lebenserwartung	66,9 Jahre
Regierung	<i>Provinz Papua</i> : Barnabas Suebu ist der für die Amtszeit 2006 bis 2011 gewählte Gouverneur. <i>Provinz West-Papua</i> : Abraham O. Ataruri ist der für die Amtszeit 2006 bis 2011 gewählte Gouverneur
Hauptstadt	<i>Provinz Papua</i> : Jayapura <i>Provinz West-Papua</i> : Manokwari
Wirtschaft	Von wesentlicher wirtschaftlicher Bedeutung sind die Vorkommen an Öl, Gas, Kupfer, Gold und anderen Rohstoffen. Trotz der vorhandenen Bodenschätze wurden etwa 40,78% der Gesamtbevölkerung der Provinz Papua (2007) und 74,93% der Haushalte der Provinz West-Papua (2005) als unter der Armutsgrenze lebend eingestuft.
Religionen	<i>Provinz Papua</i> (2006): 83,41% der Gesamtbevölkerung sind Christen, 18% Muslime, 0,32% Angehörige anderer Religionen (Hinduismus, Buddhismus). <i>Provinz West Papua</i> (2005): 550.326 Christen, 213.311 Muslime.
Sprachen	<i>Bahasa Indonesia</i> (Indonesisch) und 252 Stammessprachen

Einleitung

Am Papua-Konflikt sind zwei Parteien beteiligt – die Regierung Indonesiens und das papuanische Volk. Der Konflikt begann mit der Machtübernahme Indonesiens in Papua am 1. Mai 1963 und dauert bis heute an.¹ Die Lösung des Konflikts erfordert zunächst die Ermittlung seiner Ursachen. Da das Indonesische Institut der Wissenschaften (LIPI) bereits eine Analyse der Ursachen des Papua-Konfliktes vorgelegt hat,² wird sich der vorliegende Artikel auf die Art des Dialoges zur Konfliktlösung konzentrieren.

In der Vergangenheit gab es mehrere Versuche, eine friedliche Beilegung des Papua-Konfliktes in den als Jakarta-Papua-Dialog zwischen der indonesischen Regierung und dem papuanischen Volk bekannt gewordenen Verhandlungen zu erreichen. Beide Konfliktparteien haben öffentlich versichert, alle Anstrengungen zur Lösung des Konflikts im Dialog zu unterstützen. Bislang jedoch hat es keinen Versuch gegeben, die von der Regierung und dem papuanischen Volk gewünschte Dialogform schriftlich niederzulegen. Der vorliegende Artikel stellt den aus der Perspektive der Papuaner geschriebenen Versuch dar, diese Kluft zu überwinden und ein Konzept vorzuschlagen, wie der Papua-Konflikt beigelegt werden kann.

Es muss eingangs deutlich gesagt werden, dass der Autor zwar Papuaner ist, sein Konzept jedoch nicht namens des gesamten papuanischen Volkes unterbreitet. Die darin enthaltenen Überlegungen sind meine persönlichen Ansichten; ich behaupte nicht, dass sie auch nur von einer einzigen Gruppe von Papuanern, geschweige denn der gesamten Bevölkerung geteilt werden. Es gibt ganz sicherlich Papuaner, die vom Dialog eine völlig andere als die hier dargelegte Vorstellung haben. Es wäre ein glücklicher Zufall, würden andere Papuaner die in diesem Artikel dargestellte Sicht teilen. Das Konzept des Dialoges ist eine Diskussionsgrundlage, die andere in aller Freiheit akzeptieren oder ablehnen können.

- Der Artikel enthält 15 Hauptpunkte. Ich werde versuchen,
1. die Bedeutung des Jakarta-Papua-Dialoges als Mittel der friedlichen Lösung des Papua-Konflikts darzustellen,
 2. die Bereitschaft der beiden Konfliktparteien zum Dialog aufzuzeigen,
 3. zu begründen, dass die Papuaner von Anfang an klarstellen müssen, dass die Frage der Unabhängigkeit Papuas nicht auf der Tagesordnung des Dialoges steht,
 4. zu betonen, dass die indonesische Regierung ihre Entschlossenheit zum Dialog mit dem papuanischen Volk nachweisen muss,

5. die Bedeutung klarer Rahmenbedingungen für den Dialog zu unterstreichen,
6. einige Grundprinzipien für den Dialog aufzustellen,
7. das Ziel des Dialoges zu erklären,
8. die Bedeutung der Einbeziehung der Papuaner in den Dialog hervorzuheben,
9. einige im Dialog zwischen Jakarta und Papua zu erreichende Ziele zu skizzieren,
10. die Etappen des Dialoges darzustellen,
11. die Dialogpartner zu benennen,
12. die Rolle der Vermittler im Dialog zu beschreiben,
13. die Notwendigkeit der Einbindung von wissenschaftlichen und akademischen Einrichtungen zu betonen,
14. die Rolle Dritter zu erklären und
15. die Notwendigkeit der Beobachtung der Folgeentwicklung anzumahnen.

All diese Punkte sind nicht unbedingt neu und wurden schon früher in Artikeln der Zeitungen *The Jakarta Post*, *Suara Pembaruan*, *Sinar Harapan* und der Zeitschrift *Sampari* dargelegt. Der vorliegende Artikel ist eine Zusammenfassung meines Nachdenkens über den Dialog für eine friedliche Beilegung des Papua-Konflikts.

Wenn ich meine persönliche Sicht darlege, so will ich keiner Partei, weder der Regierung noch dem papuanischen Volk, meine Meinung aufdrängen. Ich hoffe lediglich, dass dieser Artikel dabei hilft, die Diskussion anzufachen und eine Debatte in Papua und darüber hinaus über die Lösung des Papua-Konflikts durch einen Jakarta-Papua-Dialog zu eröffnen.

1. Argumente für einen Dialog zum Papua-Konflikt

Ein Dialog zwischen der Regierung Indonesiens und dem papuanischen Volk ist möglich, solange es zwingende Gründe gibt, die beteiligten Parteien von seiner Bedeutung zu überzeugen. Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit einer Reihe von Faktoren, die die Bedeutung des Dialogs bei der friedlichen Lösung des Papua-Konflikts belegen.

1.1 Gewalt als untaugliches Mittel zur Konfliktlösung

Die Geschichte Papuas zeigt deutlich, dass der Konflikt erst noch umfassend thematisiert werden muss, trotz der Tatsache, dass schon verschiedenste Vorgehensweisen ausprobiert wurden, darunter auch die Anwendung von Gewalt durch alle Konfliktparteien. Der Konflikt in Form von Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei gegnerischen Parteien – der Regierung Indonesiens und dem Volk Papuas – begann mit der Übernahme der Macht in Papua durch Indonesien am 1. Mai 1963.

Die Regierung hat angeblich mit der Absicht der Lösung des Papua-Konflikts eine Reihe großangelegter militärischer Operationen durchgeführt, darunter *Operasi Sadar* (1965–1967), *Operasi Brathayudha* (1967–1969), *Operasi Wibawa* (1969), die Militäroperation im Verwaltungsbezirk Jayawijaya (1977), *Operasi Sapu Bersih I und II* (1981), *Operasi Galang I und II* (1982), *Operasi Tumpas* (1983–1984) und *Operasi Sapu Bersih* (1985).³ Militäroperationen in Mapunduma (1996)⁴ und die Menschenrechtsverletzungen in Wasior (2001) sind weitere Belege für das gewaltsame Vorgehen der indonesischen Regierung zur Konfliktlösung.⁵ Selbst nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Sonderautonomie für Papua 2001 setzt das Militär weiterhin Gewalt als Mittel im Papua-Konflikt ein. Beweise dafür liefern die Militäroperationen in Wamena 2003⁶ und im Verwaltungsbezirk Puncak Jaya 2004.⁷

Diese Versuche, den Konflikt mittels Gewalt zu lösen, haben auf beiden Seiten Todesopfer gefordert. Allerdings haben die Papuaner die meisten Opfer zu beklagen, insbesondere in den entlegenen Gemeinden. Es gibt in den Dörfern viele Papuaner, die bittere Erfahrungen während der Militäroperationen sammeln mussten. Spricht man mit ihnen, so zeigen sie auf den Fluss und zählen die Namen ihrer Familienangehörigen auf, die dort starben. Sie weisen auf einen Baum und erinnern sich daran, wie ihr Sohn getötet wurde. Andere erinnern sich an die Schlucht, in den die Leiche ihres Kindes geworfen wurde. Sie zeigen

die Überreste eines ehemaligen Dorfes, das während der Militäroperationen dem Erdboden gleichgemacht wurde. Andere erinnern sich an Häuser im Dorf, die vom Militär niedergebrannt wurden. Und sie weisen auf den Wald, wo sie vor der Bedrohung Zuflucht suchten.

Die Geschichte lehrt, dass der Papua-Konflikt mit Gewalt nicht zu lösen ist; dadurch hat sich die Zahl der Opfer nur erhöht und das Problem verschärft. Deshalb ist eine friedliche Lösung dringend erforderlich, um weiteres Blutvergießen zu verhindern.

1.2 Sonderautonomie hat das Leben der Papuaner nicht verbessert

Mittlerweile ist allgemein bekannt, dass die Regierung das Gesetz über die Sonderautonomie für Papua nicht umgesetzt hat. Die Provinz Papua, damals bekannt unter dem Namen Irian Jaya, erhielt 2001 in Verfolgung der Staatspolitik einen Sonderautonomiestatus; das war die Reaktion der Regierung auf die zunehmenden Forderungen der indigenen Papuaner nach Unabhängigkeit. Die Regierung verkündete deshalb das Gesetz Nr. 21 von 2001 über die Sonderautonomie für die Provinz Papua entsprechend den Bestimmungen der Verordnungen MPR RI Nr. IV/MPR/1999 und MPR RI Nr. IV/2000.

Die Sonderautonomie gilt als ernsthafter Versuch der Regierung, für etliche der Probleme, die der Auslöser für die Unabhängigkeitsbestrebungen Papuas waren, realistische Lösungen zu finden. Sie wurde von Teilen der einheimischen und internationalen Öffentlichkeit unterstützt. Die Europäische Union, die Regierung der Vereinigten Staaten und die Mitglieder des Pacific Island Forum (PIF) haben sich klar und eindeutig für die effektive Umsetzung der Sonderautonomie ausgesprochen.

Angesichts der nationalen und internationalen Unterstützung war die Regierung Indonesiens (von der Zentralregierung bis hinunter zu den Lokalverwaltungen) verpflichtet, die Autonomie vollständig, umfassend und konsequent umzusetzen, Garantien für die weitere Existenz der indigenen Papuaner zu übernehmen, die kulturellen Werte Papuas zu schützen und allen Papuanern einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Nach der Verabschiedung des Gesetzes stand die Regierung vor der Aufgabe, die entsprechenden Durchführungsbestimmungen auszuarbeiten und zu erlassen.

Allerdings sind sieben Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Sonderautonomie die Probleme der papuanischen Bevölkerung immer noch nicht in Angriff genommen worden. Auch die Menschenrechtsverletzungen, zu denen es vor der Verkündung der Sonderautonomie gekommen war, wurden bis

heute nicht in angemessener Weise behandelt. Außerdem werden die Menschenrechte auch weiterhin im Autonomiegebiet verletzt, so z. B. 2003 in Wasior, wo es vier Todesopfer gab, und 2005 in Wamena, wo neun Menschen starben.

Auch die Praxis des illegalen Holzeinschlags und Fischfangs geht unvermindert weiter. Mit Zustimmung der Regierung werden durch Abholzen, das Anlegen von Palmölplantagen und zügellosen Bergbau die Wälder zerstört. Der Bildungssektor ist nach wie vor in einem beklagenswerten Zustand, die Gesundheitsversorgung auf dem Land ist dürftig, und HIV/AIDS breiten sich rasant aus. Die Zuwanderung nach Papua aus anderen Teilen Indonesiens beschleunigt sich und entbehrt ordentlicher Regelungen. Nicht-Papuaner dominieren viele Lebensbereiche. Indigene Papuaner werden im eigenen Land diskriminiert und marginalisiert.

Die Sonderautonomie für Papua hat nichts gebracht. Tatsächlich, so schreibt die Zeitung *Sinar Harapan*, „ist die Provinz Papua ein eindeutiges Beispiel für das Nichtfunktionieren der Sonderautonomie“.⁸ Das Nationale Büro für Statistik stuft 2003 80 % der 2.469.785 Einwohner Papuas als „arm“ ein. Im Februar 2007 sprach Gouverneur Bas Suebu unter Bezug auf offizielle Statistiken von 480.578 armen Familien in der Provinz Papua. Das bedeutet, dass 81,52 % aller Familien in 2.283 Dörfern bzw. 72,72 % der Bewohner Papuas als arm oder chronisch arm zu bezeichnen sind. Mit anderen Worten: Alle Dorfbewohner in ganz Papua sind ausnahmslos arm.⁹ Ungeachtet der gewaltigen Summen, die nach Papua fließen, leben die indigenen Papuaner unterhalb der Armutsgrenze, und das in einem Land – ihrem Land –, das reich an Bodenschätzen ist.

1.3 Mangelnde Konsequenz der Regierung bei der Durchsetzung des Sonderautonomiegesetzes

Die Regierung hat ihre eigene Politik nicht konsequent umgesetzt. Das Gesetz über die Sonderautonomie unterliegt den Bestimmungen einer Verordnung des nationalen Parlaments (MPR RI 1999). Das Gesetz über die Sonderautonomie für die Provinz Papua (Gesetz Nr. 21/2001) trat mit der Unterzeichnung durch die damalige Präsidentin Megawati Sukarnoputri in Kraft. 25 Monate danach erließ wiederum die Präsidentin eine präsidiale Anweisung (*Inpres* Nr. 1/2003), die Pläne für die Schaffung der neuen Provinzen West Irian Jaya und Zentral Irian Jaya voranzutreiben, obwohl es zuvor weder Konsultationen mit der Regionalregierung noch mit der indigenen Bevölkerung gegeben hatte. Die Präsidentin erließ die Anweisung im Wissen, dass sie gegen das Sonderautonomiegesetz verstieß.

Die Inkonsequenz der Regierung bei der Umsetzung der Sonderautonomie wurde weiterhin offensichtlich, als sie eine Ersatzverordnung (*Perppu* Nr. 1/2008)

für die Neufassung des Gesetzes Nr. 21/2001 zur Sonderautonomie für Papua erließ. Mit dieser Entscheidung machte die Regierung deutlich, dass sie die Regelungen für die Sonderautonomie nach Gutdünken im eigenen Interesse und ohne Konsultation der Menschen Papuas abändern konnte. Das Gesetz legt hingegen fest: "Eine Neufassung der gesetzlichen Regelungen muss dem nationalen Parlament oder der Regierung vom papuanischen Volk durch seine Vertreter im Volksrat Papuas und der Regionalversammlung gemäß den maßgeblichen Bestimmungen vorgelegt werden."¹⁰

Die indonesische Regierung unter Präsident Susilo Bambang Yudhoyono hat später die Schaffung der Provinz West Irian Jaya aufrechterhalten. Unter Verstoß gegen das Gesetz über die Sonderautonomie erließ die Regierung Yudhoyono eine Ersatzverordnung (*Perppu* Nr. 1/2008) über eine Neufassung der Sonderautonomie. Außerdem erließ Präsident Yudhoyono das Gesetz Nr. 35 über die Schaffung der Provinz West-Papua, anstatt die konsequente Umsetzung der Sonderautonomie voranzutreiben. Darüber hinaus erließ Präsident Yudhoyono eine weitere präsidentiale Anweisung (*Inpres* Nr. 5/2007) zur beschleunigten Entwicklung in den Provinzen Papua und West-Papua.

Auch das nationale Parlament hat mangelnden Willen bei der Durchsetzung der Sonderautonomie bewiesen. Deutlich wurde dies, als das Abgeordnetenhaus (DPR) am 22. Januar 2007 die Initiative ergriff, einen Gesetzentwurf über die Errichtung vier neuer Provinzen in Papua (West-Papua, Südwest-Papua, Süd-Papua und Zentral-Papua) auszuarbeiten. Unter Missachtung ihrer Pflichten bei der Durchsetzung der Sonderautonomie beschäftigte sich die Regierung stattdessen und mit Unterstützung des nationalen Parlaments mit der Einrichtung neuer Verwaltungsbezirke in der Provinz Papua. Diese Initiativen und Maßnahmen zur Vermehrung von Provinzen und Verwaltungseinheiten haben das Vertrauen der Papuaner in den echten Willen der Zentralregierung zur Umsetzung der Sonderautonomie weiter untergraben. Sie führten obendrein zu Verwirrungen zwischen der Politik der Schaffung neuer Verwaltungseinheiten und der Umsetzung der Sonderautonomie.¹¹

Versuche, der Sonderautonomie zum Durchbruch zu verhelfen, haben sich zudem als wirkungslos erwiesen, da weder geordnet noch systematisch vorgegangen wurde. Gouverneur Barnabas von Papua sagte in diesem Zusammenhang, dass "die Umsetzung der Sonderautonomie von 2002 bis 2006 in zwei Worten zusammengefasst werden kann: 'kacau balau' (Chaos und Konfusion)".¹² Aus Sicht des Gouverneurs hat dieses Chaos drei Ursachen: Erstens fehlt eine gemeinsame Wahrnehmung der Sonderautonomie seitens Volk, Lokalregierung und Zentralregierung; zweitens fehlt es seitens der Zentralregierung an Willen, Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit, die Provinzbehörden mit der Verwirklichung

der Sonderautonomie zu betrauen, und drittens fehlt es an Regelungen für die Durchsetzung der Bestimmungen des Gesetzes über die Sonderautonomie (*Perdasi* und *Perdatus*).

Konfusion und Chaos, die die Umsetzung der Sonderautonomie bis heute prägen, waren vorhersehbar und verständlich. Sie rühren meiner Meinung nach daher, dass die Regierung keine klaren Ziele hatte, was mit der Sonderautonomie eigentlich erreicht werden sollte. Das ist bis heute so. Ohne klare, langfristige und feste Visionen kann die Regierung keine Zwischenziele für einen Zeitraum von fünf Jahren, geschweige denn jährlich zu erreichende Vorgaben setzen. Infolgedessen gibt es keine klare Richtung oder Parameter für die Verwirklichung der Sonderautonomie in Papua.

Der mangelnde Weitblick der Zentralregierung hat dazu geführt, dass Entwicklungsmaßnahmen entsprechend den Launen lokaler Führer ergriffen werden. Die Regierung in Jakarta kann ihre Kontrollfunktion bei der Umsetzung der Sonderautonomie in Papua überhaupt nicht wahrnehmen. Das Ergebnis sind inkonsequente und richtungslose Aktionen. Es überrascht deshalb keineswegs, dass die Schuld für das Scheitern der Sonderautonomie der Regierung angelastet wird.¹³

Während das Engagement der Regierung für die Durchsetzung der Sonderautonomie nachzulassen scheint, hindert sie das nicht, die Präsenz von Militär und Polizei in Papua zu verstärken. Die Zahl der Militärposten, vor allem an der Grenze zu Papua-Neuguinea, hat sich verdoppelt; die seit Inkrafttreten der Sonderautonomie in Stellung gebrachten Infanteriebataillone sind aufgestockt worden, und in einigen Gebieten wurden neue Infanteriebataillone stationiert. Die Bevölkerung Papuas bekommt die Auswirkungen dieser massiven Aufstockung der Truppenstärke durch Kräfte von außerhalb und deren arroganten Umgang mit den lokalen Gemeinden am stärksten zu spüren. Die Arroganz der Sicherheitskräfte macht sich bemerkbar in Form von Willkürakten gegenüber den indigenen Papuanern, die vom Militär weiterhin mit Misstrauen beobachtet und als Separatisten behandelt werden.

1.4 Schwindendes Vertrauen der Papuaner in die Regierung

Die Papuaner wissen, dass das Gesetz über die Sonderautonomie eine Reihe ihrer Anliegen aufgegriffen hat. Sie gehen davon aus, dass bei richtiger Umsetzung der Sonderautonomie diese Probleme gelöst werden. Es ist zu hoffen, dass dann das Leben der indigenen Papuaner besser wird, dass Gerechtigkeit einzieht und ihr Recht auf Leben garantiert ist. Wenn die Papuaner die Vorteile der Sonderautonomie selbst erfahren, kann man davon ausgehen, dass sie es dann nicht

für notwendig erachten, die Flagge mit dem Morgenstern zu hissen und Unabhängigkeit zu fordern.

Die Sonderautonomie hat jedoch zu keinen wesentlichen Veränderungen im Leben der indigenen Papuaner geführt. Tatsächlich wächst das Misstrauen gegenüber der indonesischen Regierung Tag für Tag. Es gibt eine Reihe von Anzeichen für dieses Misstrauen. Im März 2008 begannen die Papuaner, ein Referendum über den politischen Status und die Zukunft Papuas zu fordern. Diese Forderung wurde vor allem von Jugendlichen und Studenten erhoben, die dem *Forum Pemuda Mahasiswa Papua* (FPMP) nahestanden. Sie forderten ein Referendum, weil ihrer Meinung nach die Regierung bei der Umsetzung der Sonderautonomie versagt hatte.¹⁴ Das Misstrauen gegenüber der Regierung kommt auch in Versuchen zum Ausdruck, die Morgensternflagge zu hissen. Im Jahr 2008 gab es in ganz Papua immer wieder derartige Zwischenfälle, z. B. am 23. September in Timika, am 9. August in Wamena, im Juli in Fakfak und am 1. Juli in Manokwari und Jayapura.

Aus meiner Sicht ist es zu den Forderungen nach einem Referendum und zum Hissen der Morgensternflagge gekommen, weil die Regierung die Probleme, die Auslöser der Proteste waren, nicht mit effektiven Maßnahmen zur Umsetzung der Sonderautonomie in Angriff genommen hat. Je mehr den Papuanern das bewusst wird und sie die Auswirkungen dessen auf ihr Leben und ihre Zukunft erkennen, umso mehr werden sich den Forderungen nach einem Referendum anschließen und umso mehr Flaggen werden gehisst. Je mehr die Menschen die Vorteile, ein Bürger Indonesiens zu sein, in Frage stellen, desto mehr werden bereit sein, sich dem Ruf nach Unabhängigkeit anzuschließen. Sowohl die Forderungen nach einem Referendum als auch das Zeigen der Flagge sind klare Signale des Versagens der Regierung bei der Umsetzung der Sonderautonomie. Dadurch hat der Separatismus in Papua neue Nahrung erhalten. Letzten Endes ist es die indonesische Regierung selbst, die der wachsenden Separatistenbewegung in Papua am meisten Ansporn und Grund liefert.

1.5 Schwindende internationale Unterstützung der Regierungsposition

Meiner Meinung nach ist eine weitere Konsequenz des Versagens der Regierung bei der Durchsetzung der Sonderautonomie das wachsende Misstrauen verschiedener Kreise der internationalen Gemeinschaft gegenüber der indonesischen Regierung. Auch wenn ausländische Regierungen nicht öffentlich erklärt haben, dass sie das Vertrauen in den festen Willen der indonesischen Regierung zur Verwirklichung der Sonderautonomie verloren hätten, sehe ich dort doch

Anzeichen eines solchen Misstrauens, auch wenn meine Interpretation vielleicht falsch ist. So haben z. B. zwei Abgeordnete des US-Kongresses, Eni Faleomavaega und Donald Payne, in einem Schreiben vom 5. März 2008 an Präsident Susilo Bambang Yudhoyono erklärt: *"Wir sind auch enttäuscht, dass Ihre Regierung keine substantiellen Fortschritte bei der Umsetzung der Sonderautonomie erzielt hat."*¹⁵

In der Folge sandten 40 Kongressabgeordnete ein Schreiben an Präsident Yudhoyono, in dem sie die Freilassung der beiden politischen Gefangenen Filep Karma und Yusak Pakage in Papua forderten.¹⁶ In dem Schreiben wird darauf verwiesen, dass es trotz der Sonderautonomie in Papua zu Verletzungen der Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Meinungsfreiheit für die Papuaner komme.

Von noch größerer Relevanz ist die Annahme des Bewilligungsgesetzentwurfs des Repräsentantenhauses HR 2601 vom Juni 2005 durch den US-Kongress, der das Außenministerium aufforderte, die Umsetzung der Sonderautonomie in Papua und das "Gesetz über die freie Entscheidung" in Papua aus dem Jahre 1969 zu überprüfen. Der Gesetzentwurf ist noch gültig, muss aber noch vom Senat beraten werden. Bei entsprechendem Druck kann der Entwurf HR 2601 Gesetz werden. Auch wenn Barack Hussein Obama, der eine besondere Beziehung zu Indonesien hat, jetzt Präsident der Vereinigten Staaten ist, sollte sich, so meine ich, die indonesische Regierung nicht sicher fühlen, dass der US-Kongress und die Regierung sich nicht ernsthaft mit dem Konflikt in Papua beschäftigen werden.

Im Jahre 2008 überraschte uns die Mitteilung, dass am 15. Oktober im Unterhaus in London die Initiative "Internationale Parlamentarier für West-Papua (IPWP)" gestartet worden war. Auch wenn die Abgeordneten, die sich der Initiative angeschlossen haben, nicht die Position ihrer Parlamente oder Regierungen vertreten, ist es trotzdem von Bedeutung, dass eine Reihe von Parlamentariern verschiedener Länder das Thema Papua bei den IPWP auf die Tagesordnung gesetzt haben. Es wurde berichtet, dass die IPWP-Gründung weder ein parlamentarischer Vorgang noch eine Initiative des britischen Parlaments sei, sondern lediglich ein Schritt zweier britischer Abgeordneter. Der indonesische Botschafter im Vereinigten Königreich spielte die Bedeutung des Ereignisses ebenso herunter wie Außenminister Hassan Wirayuda, der die IPWP-Initiative zu einer "Teegesellschaft" erklärte.

Auch wenn die IPWP der indonesischen Regierung nicht wirklich Sorgen machen, sind wir doch gut beraten, uns die Agenda genauer anzusehen. Wie die Zeitung *Cenderawasih Pos* berichtete, setzen sich die IPWP vor allem ein für einen neuen Prozess der Selbstbestimmung des papuanischen Volkes auf der Grundlage des Völkerrechts, den Abzug der (indonesischen) Militärkräfte, die Entsendung

internationaler Friedenstruppen unter Federführung der Vereinten Nationen, ein Verbot von Waffenlieferungen an Indonesien bis zum vollständigen Abzug des Militärs aus Papua und die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Papua. Die IPWP wollen den UNO-Generalsekretär veranlassen, die Rolle der Vereinten Nationen beim Entwurf des Gesetzes über die freie Entscheidung von 1969 zu untersuchen und einen Sonderbeauftragten zur Überwachung der Menschenrechtssituation in Papua zu entsenden.¹⁷ Klar ist, dass die IPWP die Sonderautonomie nicht als Lösung der Probleme in Papua betrachten. Derzeit ist es schwer abzuschätzen, was die IPWP bewirken werden. Wir wissen nicht, ob sich weitere Parlamentsabgeordnete aus anderen Ländern der Initiative anschließen werden. Sicher ist jedoch, dass das internationale Vertrauen in Indonesien und die Unterstützung für seine Regierung jederzeit schwinden können (auch wenn das nicht automatisch als Unterstützung des Kampfes für die Unabhängigkeit West-Papuas interpretiert werden kann).

Ich bin der Meinung, dass sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit in wachsendem Maße Papua zuwenden wird. Der Papua-Konflikt erfordert internationale Aufmerksamkeit, weil der Konflikt in Ost-Timor durch ein Referendum gelöst und der Konflikt in Aceh in Friedensgesprächen und durch die Unterzeichnung des Abkommens von Helsinki durch die indonesische Regierung und Vertreter der Bewegung für ein freies Aceh (GAM) in Angriff genommen wurde. Papua ist jetzt der einzige Landesteil, der sich der Herrschaft der indonesischen Regierung widersetzt. Die internationale Gemeinschaft wird also zunehmend darauf achten, ob die indonesische Regierung in der Lage ist, den Papua-Konflikt im friedlichen Dialog beizulegen.

2. Der Wille zum Dialog

Wir sollten anerkennen, dass sowohl Jakarta als auch Papua ihren Willen zur friedlichen Beilegung des Papua-Konflikts durch Dialog zum Ausdruck gebracht haben. Dies bedeutet, dass beide Seiten bereits eine konstruktive Haltung zum Dialog haben, die beim weiteren Voranbringen des Dialogprozesses nötig sein wird. Diese Haltung ist mehrfach von Vertretern Jakartas und Papuas bekräftigt worden.

2.1 Verpflichtungen Jakartas

Die Verpflichtung der Regierung, den Papua-Konflikt im Dialog zu lösen, ist von einer Reihe offizieller indonesischer Vertreter in Jakarta öffentlich bestätigt worden. Dazu passt gut das persönliche Engagement von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, der nationale Probleme mit den Mitteln der Gerechtigkeit, der Demokratie und des Friedens in Angriff nehmen will. Präsident Yudhoyono erklärte in einem Appell: "Priorität gewähren müssen wir dem friedlichen Herangehen, dem Mitgefühl und der Demokratie bei der Lösung von Problemen, Konflikte und Sicherheitsfragen eingeschlossen."¹⁸ Das Engagement der Regierung von Präsident Yudhoyono, den Papua-Konflikt durch Dialog und Überzeugung friedlich zu lösen, wurde von den Medien aufgegriffen und ist deshalb im In- und Ausland bestens bekannt. Präsident Yudhoyono hob in seiner Grundsatzrede vom August 2005 seine Sicht auf die Möglichkeiten der Beilegung des Papua-Konflikts hervor:

„Die Regierung will die Papua-Frage friedlich, gerecht und mit Würde durch Dialog und Überzeugung lösen. Die Politik der Bewältigung des Papua-Problems konzentriert sich auf die konsequente Umsetzung der Sonderautonomie als gerechte, umfassende und würdevolle Lösung.“¹⁹

Bei anderer Gelegenheit erklärte Präsident Yudhoyono öffentlich, dass sich seine Regierung verpflichtet fühle, den Konflikt in Papua demokratisch und friedlich in Angriff zu nehmen, in der gleichen Weise, in der man die Lage in Nanggroe Aceh Darussalam behandelt habe. „Im Falle Papuas ist klar, dass wir, wie im Falle Acehs, alle Mittel einsetzen werden, die demokratisch und friedlich sind.“²⁰

Entsprechend der Verpflichtung der Regierung unter der Führung von Präsident Yudhoyono hat auch Hassan Wirayuda in seiner Eigenschaft als Außenminister den Willen der Regierung bekräftigt, der friedlichen Lösung der Situation in Papua Priorität einzuräumen: „*Der erfolgreiche Friedensprozess in Aceh sollte als*

Anregung für eine ähnliche Aktion zu einer gewaltfreien Lösung für Papua dienen.“²¹ Bei anderer Gelegenheit betonte Außenminister Wirayuda öffentlich, dass die Regierung danach strebe, die Situation in Papua im Dialog zu lösen.²² Die Bedeutung des Dialoges wurde auch von Verteidigungsminister Yuwono Sudarsono hervorgehoben.²³

Trotzdem möchte die Regierung nicht, dass sich das Ausland an der Bewältigung des Papua-Problems beteiligt, da man dies für eine innenpolitische Angelegenheit hält. Präsident Yudhoyono sagte dazu: „Das Thema Papua ist unser eigenes Thema. Wir lehnen ausländische Einmischung bei seiner Lösung ab.“ Ähnlich erklärte es Außenminister Minister Wirayuda: „Wir erwägen keine Einbeziehung ausländischer Elemente in die Diskussion über Papua.“²⁴

Der Rat der Volksvertreter (DPR), die nationale parlamentarische und gesetzgebende Körperschaft, hat ebenfalls auf die Bedeutung des Dialogs für die Behandlung des Papua-Problems hingewiesen.²⁵ Diese Haltung wurde auch von der Kommission I, die für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten zuständig ist, durch ihren Vorsitzenden Theo L. Sambuaga zum Ausdruck gebracht, der die Regierung zu einem nationalen und lokalen Dialog zur Lösung des Papua-Problems aufrief.²⁶

Die Regionalversammlung (DPD) hat öffentlich ihre Unterstützung für einen Dialog zum Problem Papua bekundet. Laode Ida, stellvertretender Vorsitzender der DPD, hob ebenfalls den nationalen Dialog zum Papua-Problem hervor.²⁷

Alle Erklärungen der indonesischen Regierung belegen ihren Willen zum Dialog mit den Papuanern, auch wenn vor Beginn dieses Dialogs eine Reihe von Fragen noch abgestimmt werden muss. Diese Fragen sind auch in Bezug auf die Rahmenbedingungen für einen Dialog zu beachten.

2.2 Verpflichtungen Papuas

Den Papuanern ist seit langem klar, dass die Lage in Papua nicht mit Gewalt, einschließlich der seit der Machtübernahme durch Indonesien durchgeführten Militäroperationen, befriedet werden kann. Die Papuaner wissen aus Erfahrung, dass Gewalt nur zu brutalen Reaktionen seitens der indonesischen Regierung, insbesondere des Militärapparates, führt. Gewalt bringt immer Verletzungen der Menschenrechte, physische Verletzungen, Leid und psychologische Belastungen mit sich. Im Bewusstsein der Auswirkungen von Gewaltakten haben die Papuaner der Gewalt abgeschworen und sich für gewaltfreie Wege zur Konfliktlösung entschieden. Diese Verpflichtung gingen sie auf dem Zweiten Papua-Kongress im Jahre 2000 ein, als sie den Dialog mit der indonesischen Regierung als zivilisierte Möglichkeit der Konfliktbeilegung wählten.²⁸

Das Streben nach einem Dialog ist nicht begrenzt auf die Stadtbewohner in Papua. Der Dialog wird auch von der Guerilla-Organisation, der Bewegung für ein freies Papua (OPM), als das beste Mittel zur Konfliktlösung bevorzugt. Dazu bekennen sich auch die Elemente der OPM, die am bewaffneten Kampf in den Bergen beteiligt sind, und jene, die im Exil leben.²⁹ Der Wunsch der OPM nach einem Dialog mit Indonesien wurde deutlich bekräftigt durch die Westpapuanische Nationale Befreiungskoalition (WPNCL):³⁰

„Die WPNCL wird weiterhin international vermittelte Verhandlungen mit der Republik Indonesien als bestes Mittel zur Beilegung des derzeitigen von den indonesischen Sicherheitskräften geförderten bewaffneten Konflikts und zur Verbesserung der verheerenden Menschenrechtssituation und des Gesundheitszustandes der Menschen in West-Papua anstreben.“³¹

Seit dem Zweiten Papua-Kongress im Jahr 2000 ist vielfach bei unterschiedlichen Gelegenheiten, an unterschiedlichen Orten und von unterschiedlichen Parteien, auch mit jeweils unterschiedlichem Blickwinkel, bekundet worden, wie wichtig der Dialog sei. Der Entschluss des papuanischen Volkes, das Problem friedlich zu lösen, wird auch von den Religionsführern unterstützt. Als erster äußerte sich zugunsten des Dialoges Bischof Leo Laba Ladjar OFM, Oberhaupt der katholischen Diözese Jayapura. Bischof Leo ist zutiefst dem Wirken für „Papua, Land des Friedens“ verpflichtet. Er schreibt:

„Das Volk Papuas hat sich zum gewaltfreien Kampf auf diplomatischem und Verhandlungswege mit friedlichen und demokratischen Mitteln verpflichtet. Wir hoffen, dass die indonesische Regierung dieser friedlichen Haltung nicht mit Gewehren, Bomben und Verhaftungen begegnet. Wenn die Regierung darauf reagiert, indem sie einen demokratischen, gerechten und ehrlichen Dialog favorisiert, dämpft dies mit Sicherheit auch die Aktivitäten von Saboteuren, die, entweder auf Seiten der Regierung oder des papuanischen Volkes, unablässig daran arbeiten, Gewalt zu provozieren.“³²

Ende Juni 2000 suchten die Bischöfe der vier katholischen Diözesen Merauke, Agats, Manokwari-Sorong und Jayapura in Papua den damaligen Präsidenten Abdurrahman Wahid in Jakarta auf und baten die Regierung, den Papua-Konflikt im Dialog zu lösen.³³

Die protestantischen Kirchen unterstützen ebenfalls das Engagement des papuanischen Volkes für eine friedliche Beilegung des Konflikts. Die Führer aller Konfessionen sind überzeugt, dass mit Gewalt nichts zu gewinnen ist. Sie lehnen alle Formen der Gewalt, wie den Gebrauch von Schusswaffen, das Töten von Menschen, das Niederbrennen von Gebäuden, Einschüchterung und psy-

chologischen Druck, ab. Sie haben die Regierung und das papuanische Volk auch ermutigt, im Dialog die Kernprobleme zu bestimmen, die Ursachen zu suchen und sich demokratisch und friedlich auf Lösungen zu einigen. Sie setzen ihre Hoffnung auf einen Dialog, der auf den Prinzipien der Gleichheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Anerkennung der Menschenwürde beruht.³⁴ Die Kirchenführer sind der festen Überzeugung, dass der Papua-Konflikt nicht dadurch zu lösen ist, dass Papuaner inhaftiert und ermordet werden, sondern dass dies nur durch Dialog möglich ist. Die gemeinsame Haltung der Kirchenführer zur Bedeutung des Dialoges kam einmütig in einer gemeinsamen Erklärung vom Oktober 2008 zum Ausdruck. Darin hieß es: „Unabhängig, wie brisant die Lage in Papua auch ist – sie muss im friedlichen Dialog zwischen der Regierung und dem Volk Papuas geklärt werden. Wir sind sicher, dass sich im Dialog eine friedliche Lösung finden lässt.“³⁵ Um alle Formen von Gewalt zu verhindern, die den vertikalen Konflikt zwischen dem papuanischen Volk und Indonesien verschärfen und einen horizontalen Konflikt zwischen den Bewohnern Papuas auslösen könnten, schlugen die Kirchenführer vor, den Papua-Konflikt friedlich im Dialog als würdevollstem Weg zu lösen.³⁶

Der Dialog als Mittel der Beilegung des Papua-Konfliktes hat die Unterstützung aller Religionsführer in Papua – sowohl der katholischen und protestantischen als auch der islamischen, hinduistischen und buddhistischen. Die Religionsführer sehen die Bedeutung des Dialoges als Mittel, Frieden zu schaffen. Ihnen ist bewusst, dass das Zusammenwirken der Religionsführer für den Frieden eine Berufung³⁷ und ein Aspekt ihrer Rolle bei der Verteidigung menschlicher Werte und Würde ist.³⁸ Sie betrachten dies als Teil ihrer Mission als Religionsführer – für Wahrheit, Gerechtigkeit, Frieden und Versöhnung in Papua zu wirken.³⁹ Abgesehen von der Ablehnung aller Formen von Gewalt betonen die Religionsführer die Bedeutung des Dialoges für die Lösung des Konfliktes in Papua. Sie drängen die Regierung und das Volk Papuas, sich am Dialog zu beteiligen und den von einer neutralen dritten Seite vermittelten Dialog zu suchen. Das war eine der Empfehlungen des Konsultativforums der Religionsführer in Papua (FKPPA) in ihrer gemeinsamen Erklärung vom Dezember 2007.⁴⁰ Zu den Feierlichkeiten am Tag des Friedens in Papua 2008 veröffentlichten die Religionsführer einen Appell zum Dialog:

„Unterschiedliche politische Ideologien, die u.a. auf unterschiedlichen Interpretationen der Geschichte der Eingliederung Papuas in den Einheitsstaat der Republik Indonesien beruhen, stellen ein Hindernis für die Entwicklung dar und können zu zerstörerischen Konflikten führen. Wie schwierig und heikel das Thema auch sein mag, wir hoffen, es unverzüglich durch Dialog und Versöhnung lösen zu können.“⁴¹

Der würdevolle Weg des Dialoges zur Lösung des Papua-Konfliktes genießt breite Unterstützung nicht nur seitens der Religionsführer, sondern auch einer Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Nichtstaatliche Organisationen haben einen Dialog zur Beendigung des Papua-Konfliktes gefordert.⁴² Studenten haben ebenfalls einen Dialog zur Lösung des Papua-Konfliktes gefordert.⁴³ Aufgerufen zum Dialog haben auch die Frauen Papuas.⁴⁴

Die Erklärungen all dieser Beteiligten, wie oben dargestellt, zeigen deutlich, dass nicht nur die OPM, sondern auch die Zivilgesellschaft in Papua den Dialog zwischen Jakarta und Papua sucht, unbeschadet der Tatsache, dass die Agenda für einen Dialog von den Konfliktparteien noch festzulegen ist.

3. Papuas Unabhängigkeit steht nicht auf der Dialog-Agenda

Trotz der Tatsache, dass beide Konfliktparteien ihre Bereitschaft zur Lösung des Papua-Konflikts durch Dialog zum Ausdruck gebracht haben, gibt es bis heute zwischen Jakarta und Papua nichts dergleichen. Warum findet dieser Dialog noch nicht statt? Aus Sicht Papuas ist einer der Gründe, dass Jakarta die Papuaner mit Misstrauen beobachtet. Jakarta befürchtet wohl, dass die Papuaner die Gelegenheit ergreifen und die Unabhängigkeit West-Papuas fordern werden, wenn die Tür zum Dialog erst einmal geöffnet ist, und dass dieses Thema dann die Agenda beherrscht. Es sieht deshalb so aus, als sei die Regierung weder interessiert noch motiviert, den Dialog mit den Papuanern zu beginnen.

Mir erscheint es jedoch wenig glaubhaft, dass die Regierung Indonesiens als Regierung einer großen Nation nicht willens ist, den Dialog mit den Papuanern zu führen, die ja ebenfalls Bürger Indonesiens sind. Ich bin sicher, dass die Regierung ihre Verpflichtung, den Papua-Konflikt umfassend in einem friedlichen Dialog zu lösen, nicht aufgegeben hat. Ich gehe dabei davon aus, dass die Regierung Erfahrungen im Dialog mit Separatisten hat sowie auf eine Erfolgsbilanz bei der Vermittlung von Gesprächen und Verhandlungen zwischen Separatisten und Regierungen anderer Länder verweisen kann. Aufgrund dieser Erfahrungen dürfte der Regierung nicht nur bewusst sein, wie wichtig eine friedliche Lösung des Konflikts ist, sondern auch, wie Konflikte im Dialog gelöst werden können. Die Regierung erkennt deshalb zweifelsohne, wie ihren Interessen in einem Dialog mit dem papuanischen Volk am besten gedient ist.

Die Dialogerfahrungen sowohl als Verhandlungspartner wie auch als Vermittler haben der Regierung zweifelsohne die von beiden Konfliktparteien in verschiedenen Phasen eines Friedensprozesses einzuhaltenden Grundprinzipien vermittelt – vor, während und nach Abschluss eines Dialoges. Die Regierung strebt ohne Zweifel einen Dialog an, der auf Vertrauen beruht und Ergebnisse zeitigt, die für beide Seiten befriedigend sind. Angesichts dessen und angesichts der Notwendigkeit, Gespräche mit den Papuanern aufzunehmen, bin ich der Meinung, dass die Regierung von der papuanischen Seite, insbesondere seitens der Bewegung für eine freies Papua (OPM), eine Klarstellung ihrer Position erwartet. Die Regierung wartet auf die klare Entscheidung der OPM, die Frage der Unabhängigkeit West-Papuas nicht zum Gegenstand des Dialoges zu machen. Diese Haltung muss von den Führern der OPM sowohl mündlich als auch schriftlich bekräftigt und in den nationalen und internationalen Medien veröffentlicht werden, so dass es auch ausländische Regierungen und Einrichtungen zur Kenntnis nehmen.

4. Regierung muss Vertrauen der Papuaner gewinnen

Solange die indonesische Regierung den Papuanern mit Misstrauen begegnet, werden die Papuaner der Regierung nicht trauen. Wenn der Dialog beginnen soll, muss das Vertrauensdefizit des papuanischen Volkes in die Regierung überwunden werden. Solange Misstrauen herrscht, wird jeder Akt des guten Willens seitens der Regierung, auch in Bezug auf die Beilegung des Konflikts im Dialog, von den Menschen in Papua nicht geglaubt oder akzeptiert werden. Bevor sich Jakarta und Papua an den Verhandlungstisch setzen können, muss die Frage mangelnden Vertrauens angesprochen werden.

Meiner Meinung nach muss dieses Problem zuallererst von der Regierung thematisiert werden. Warum? Weil das mangelnde Vertrauen auf Seiten der Papuaner sich daraus erklärt, dass die Versprechungen, die ihnen in der Vergangenheit gemacht wurden, nur selten erfüllt wurden. Die Papuaner fühlen sich von der indonesischen Regierung wieder und wieder belogen und verraten. In den Augen der Papuaner ist die Regierung eine meisterliche Betrügerin. Ihr wiederholter Betrug hat dazu geführt, dass die Papuaner nicht willens sind, einer bloßen Erklärung des guten Willens seitens der Regierung zu vertrauen, und dazu gehört auch das Versprechen, einen Dialog für die friedliche Lösung des Papua-Konfliktes zu führen. Die Regierung muss energisch daran arbeiten, ihr ernsthaftes Engagement für einen Dialog mit dem papuanischen Volk zu beweisen. Mein Eindruck ist, dass die Papuaner genau darauf warten.

Ein sinnvoller Dialog zwischen Jakarta und Papua wird niemals zustande kommen, wenn es beiden Seiten nicht gelingt, Vertrauen aufzubauen. Es erfordert „politische Kommunikation“, um Vertrauen der Papuaner in die Regierung zu schaffen. Die Regierung könnte z. B. einen Vertreter beauftragen, sich mit einer Reihe von führenden Papuanern zusammensetzen, um diese „politische Kommunikation“ in die Wege zu leiten. Dieser Regierungsvertreter könnte sich informell auf verschiedenen Ebenen und an verschiedenen Orten mit Papuanern treffen. Dazu gehören Intellektuelle, in Papua tätige NROs, die Westpapuanische Nationale Befreiungsarmee (TPN WB), die den Guerillakampf in den Bergen anführt, sowie OPM-Vertreter im Ausland. In diesen Gesprächen könnte der Regierungsvertreter die Bereitschaft der Regierung zum Dialog mit den Papuanern bekräftigen und den Papuanern zuhören, wenn sie die zu lösenden Probleme, ihre Hoffnungen, Überlegungen und politischen Positionen darlegen. Die Ergebnisse solcher informeller Gespräche brauchen auch nicht über die Massenmedien verbreitet zu werden.

5. Festlegung von Rahmenbedingungen

Wenn die Papuaner erklären, dass die Unabhängigkeit West-Papuas nicht auf der Agenda für die Gespräche mit der Regierung steht, und wenn es ein Zusammentreffen eines Regierungsvertreters mit Delegierten der papuanischen Gemeinschaft gibt, wäre der nächste Schritt die Festlegung der Rahmenbedingungen für den Dialog Jakarta-Papua. Diese Rahmenbedingungen könnten die Grundprinzipien für den Dialog betreffen, das Endziel des Dialoges, die angestrebten Ergebnisse als auch Etappen, Agenda, Parteien, Status und Rolle der Parteien im Dialogprozess, Ort und Finanzierung. Sind diese Fragen geklärt, würde dies helfen, die Richtung des gesamten Dialogprozesses festzulegen.

Die vereinbarten Rahmenbedingungen müssen von beiden Konfliktparteien als Garantien betrachtet werden können und ein Gefühl der Gleichberechtigung herstellen. Keine der Parteien sollte das Gefühl haben, die dominierende Kraft zu sein oder dominiert zu werden; beide müssen Gelegenheit haben, ihre Positionen vorzutragen. Jede Partei muss das Gefühl haben, dass ihre Interessen in den Rahmenbedingungen berücksichtigt sind. Es muss betont werden, dass beide Konfliktparteien die Rahmenbedingungen für den Dialog akzeptieren müssen.

Ist dies geschehen, sollte es möglich sein, den Dialog mit einer klaren Richtung zu beginnen. Alle Beteiligten müssen ihre Rolle kennen und wo und wann sie diese zu spielen haben. Jede Partei muss sich auf die ihr zugewiesene Rolle vorbereiten, um den Boden für den Erfolg des Dialogprozesses zu bereiten.

6. Grundprinzipien

Der Dialog zwischen Jakarta und Papua sollte von keiner Seite als Gelegenheit missbraucht werden, der anderen Seite Vorwürfe zu machen oder Schuld zuzuweisen; dies wäre dem Prozess der Konfliktlösung nicht dienlich. Die Dialogparteien verfolgen bei ihrem Treffen nicht die Absicht, weitere Probleme zu schaffen oder sich gegenseitig zu beschämen, sondern zusammenzuarbeiten, so dass ein Weg zur Überwindung ungelöster Probleme gefunden werden kann. Der Dialogprozess darf nicht von einer der Seiten dominiert werden. Um Verzerrungen zu vermeiden und das Hauptziel des Prozesses nicht aus den Augen zu verlieren, müssen die Regierung und die Papuaner Einverständnis über eine Reihe von Prinzipien erzielen, auf denen der Dialogprozess aufbauen kann.

Bevor der Dialog beginnt, schlage ich der indonesischen Regierung und dem papuanischen Volk vor, sich darauf zu verständigen, dass

- der Papua-Konflikt friedlich und ohne Gewalt gelöst werden muss,
- der Papua-Konflikt umfassend und nicht nur teilweise gelöst werden muss,
- der Papua-Konflikt würdevoll gelöst werden muss, d.h. durch einen Prozess, der gekennzeichnet ist durch gegenseitigen Respekt und gegenseitige Anerkennung; keine Seite darf das Gefühl haben, ihr Gesicht zu verlieren,
- es Folgemaßnahmen konkreter Natur geben muss, um die erzielten Vereinbarungen umzusetzen.

Beide Parteien müssen auch darin übereinstimmen, dass der gesamte Dialogprozess auf dem Geist universeller Werte des Mitgefühls, der Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrheit aufbauen und von ihm erfüllt sein muss. Eine Einigung auf diese Prinzipien wäre das grundlegende Kernelement bei der Umsetzung der Anstrengungen zur Lösung des Papua-Konflikts in würdevoller Weise, also durch einen friedlichen Dialog.

7. Dialogziel: „Papua, Land des Friedens“

Wenn in der Vergangenheit ein Dialog zwischen Jakarta und Papua vorgeschlagen wurde, haben sich sowohl die Regierung als auch die Papuaner auf eine Position zurückgezogen, die in keiner Weise konstruktiv war. Beide Seiten hatten unvereinbare Standpunkte. Ihre gegensätzlichen Haltungen müssen klar ausgesprochen werden. Einerseits hat die Regierung ihre Haltung bekräftigt, dass die territoriale Integrität Indonesiens nicht gefährdet werden darf. Sie beharrt darauf, dass der Einheitsstaat der Republik Indonesien nicht zerbrechen darf, nicht zerschlagen werden darf und nicht dem Zerfall preisgegeben werden darf. Ihre Position fasste sie in der Losung des Militärs in Papua zusammen: „Der Einheitsstaat der Republik Indonesien ist nicht verhandelbar“ („*NKRI, harga mati*“). Andererseits waren die Papuaner, insbesondere die OPM, ihrerseits unnachgiebig in ihrer Haltung, dass die einzig denkbare Lösung die Unabhängigkeit einer westpapuanischen Nation sei. Sie betrachteten den Dialog als Mittel zur Erreichung der Unabhängigkeit. Diese Position kam in der Losung zum Ausdruck: „Unabhängigkeit ist nicht verhandelbar“ („*Merdeka, harga mati*“).

Wenn beide Seiten an ihrer Haltung als „nicht verhandelbar“ („*harga mati*“) festhalten, wird der Papua-Konflikt nie gelöst. Diese Haltung des „*harga mati*“, was soviel wie „Festpreis“ bedeutet, würde auf beiden Seiten zu Opfern führen. Das steht im Widerspruch zu unserem Wunsch, einen Dialog zu führen, weil wir den Wert des menschlichen Lebens respektieren.

Wenn sich beide Seiten wirklich für den Dialog engagieren, müssen sie aus ihrer jeweiligen Ecke herauskommen und ihre „nicht verhandelbaren“ Positionen aufgeben. Ein Dialog Jakarta-Papua darf nicht für die Verfolgung der politischen Interessen einer der Seiten genutzt werden. Beide Seiten müssen den Dialog unterstützen, um das Prinzip der Humanität – den Frieden – zu unterstützen. Ich schlage deshalb vor, einen Dialog zwischen Jakarta und Papua zu führen, um Frieden in Papua zu schaffen oder, in den Worten der Religionsführer Papuas, um aus Papua ein „Land des Friedens“ zu machen.⁴⁵ Der Dialog kann sich dann auf die wirklichen Wünsche aller Beteiligten konzentrieren, damit der Konflikt beendet wird, Würde in das Leben einzieht und allen Bedürftigen Gleichberechtigung und Entwicklung gesichert wird. In diesem Rahmen können beide Seiten die Werte der Menschlichkeit als Priorität betrachten, statt sich an ihre politischen Ansichten zum Nachteil des menschlichen Lebens und der Gerechtigkeit zu klammern. Beide Seiten können sich konzentrieren auf das, was wirklich wichtig ist, wenn Papua ein „Land des Friedens“ werden soll.

8. Aktive Teilhabe der papuanischen Gemeinschaft

Wenn es eine partizipatorische Lösung des Problems geben soll, ist es unerlässlich, die papuanische Gemeinschaft in den Prozess einzubinden. Der Dialog für „Papua, Land des Friedens“ erfordert die Teilnahme aller in Papua lebenden Menschen an den Friedensbemühungen. Alle Mitglieder der papuanischen Gesellschaft müssen in alle Dialogprozesse einbezogen werden, auch wenn sie in unterschiedlichen Phasen unterschiedliche Rollen spielen mögen. Dieser Artikel sieht in der papuanischen Gesellschaft zwei Gruppen:

- indigene Papuaner und
- Bewohner Papuas.

8.1 Indigene Papuaner

Die hier erwähnten indigenen Papuaner sind melanesischer Herkunft. Die Einbeziehung indigener Papuaner ist für jeden Dialog zum Papua-Konflikt unverzichtbar. Der besondere Charakter des Papua-Konfliktes erfordert die Teilnahme indigener Papuaner am Dialog mit der Regierung. Dieser „besondere Charakter“ erklärt sich aus der Tatsache, dass es sich um einen Konflikt zwischen indigenen Papuanern und der Regierung handelt. Die indigenen Papuaner lehnen die Amtsgewalt der indonesischen Regierung im Lande Papua ab. Der Dialog zwischen Jakarta und Papua muss ein Dialog zwischen der Regierung Indonesiens und den indigenen Papuanern sein. Jeder Dialog, der eine Lösung des Papua-Konfliktes ohne Einbeziehung der indigenen Papuaner anstrebt, ist sinnlos.

Anzuerkennen ist weiterhin, dass die indigenen Papuaner noch nie die Möglichkeit hatten, ihre Entwicklung als Teil der Republik Indonesien selbst in die Hand zu nehmen. Die gesamte Entwicklungspolitik ist immer weit entfernt von Papua und ohne Beteiligung indigener Papuaner beschlossen worden. Politische Programme wurden der westlichen Hälfte der Insel Neuguinea von der Regierung übergestülpt; die indigenen Papuaner sind gezwungen, sie zu akzeptieren, ohne die Chance zu einer Reaktion oder zur Unterbreitung von Alternativvorstellungen zu haben. Opposition oder Alternativvorschläge wurden als separatistische und subversive Akte gewertet. Das Ergebnis ist, dass die Papuaner zu Opfern der Regierungspolitik geworden sind.

Dieses Modell der „Nichtteilhabe“ sollte in einem zukünftigen Dialog über den Papua-Konflikt unter allen Umständen vermieden werden. Die indigenen Papuaner müssen die größten nur denkbaren Rechte haben, am gesamten Dia-

logprozess teilzunehmen. Zu diesem Zweck muss die Regierung den indigenen Papuanern Möglichkeit und Freiraum gewähren, um ein Verständnis für die anstehenden Probleme zu entwickeln und sie zu diskutieren. Die Regierung und der Sicherheitsapparat müssen Sicherheitsgarantien geben, die es den Papuanern ermöglichen, sich an der Diskussion zu beteiligen und ohne Angst vor Einschüchterung oder Schikane ihre Meinungen zu äußern. Die Regierung, die Sicherheitskräfte und die Gemeinschaft müssen garantieren, dass die Lage sicher und friedlich ist, so dass der Dialogprozess reibungslos ablaufen kann.

8.2 Bewohner Papuas

Zu den hier in Frage stehenden Bewohnern Papuas gehören die indigenen und die nicht-indigenen Papuaner, die in Papua leben. Eine partizipatorische und demokratische Lösung des Papua-Konflikts für „Papua, Land des Friedens“ erfordert die Einbeziehung möglichst vieler, wenn nicht aller Bewohner Papuas. Im Dialogprozess dürfen auch die Interessen der Nicht-Papuaner nicht missachtet werden, selbst wenn sie im Konflikt eine andere Stellung einnehmen als die indigenen Papuaner.

Die Position der Nicht-Papuaner im Papua-Konflikt ist eine besondere, da sie nicht Opfer von Gewaltakten des indonesischen Staates sind. Es gibt keine Gruppen von Nicht-Papuanern in Papua, die sich gegen die Regierung Indonesiens stellen. Die Regierung hat Nicht-Papuaner niemals als Staatsfeinde betrachtet. In Papua lebende Nicht-Papuaner sind auch nie als Separatisten beschuldigt worden. Nie hat die Regierung es für notwendig erachtet, Militäroperationen gegen Nicht-Papuaner in Papua zu führen.

Auch wenn Nicht-Papuaner niemals staatliche Gewalt in Papua erleiden mussten, sollte doch anerkannt werden, dass Frieden der Wunsch aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ist. Deshalb sollte auch jeder, der in Papua lebt, nach Frieden streben. Es ist logisch, dass alle Bewohner Papuas, indigene und nicht-indigene, Papua zu einem „Land des Friedens“ machen wollen. Dazu sollte jeder, der hier lebt, allein oder gemeinsam mit anderen beitragen. Jeder Bewohner Papuas sollte die Möglichkeit und den Freiraum haben, aktiv am Dialogprozess teilzunehmen, um den Papua-Konflikt friedlich zu lösen.

9. Im Dialog zu erreichende Zwischenziele

Wenn der Dialog zwischen Jakarta und Papua im Rahmen von „Papua, Land des Friedens“ geführt wird, sollte es beiden Seiten möglich sein, sich auf Zwischenziele in diesem Dialog zu einigen. Eine Einigung auf solche Ziele könnte beiden Seiten bei der Vorbereitung auf den Dialog helfen. Beide Seiten könnten über ihren Beitrag zur Erreichung der gemeinsam gesetzten Ziele nachdenken. Andere Beteiligte könnten ebenfalls überlegen, was sie zum Erfolg des gesamten Dialogprozesses beitragen könnten.

Meiner Meinung nach wäre der Dialog Jakarta-Papua als Erfolg zu bezeichnen, wenn Regierung und Papuaner Verständigung erzielen über

- die Kennzeichen von „Papua, Land des Friedens“, das beide Seiten gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen aufbauen wollen;
- die Grundprobleme, die angegangen werden müssen, um Papua zu einem Land des Friedens zu machen;
- die Hauptursachen für diese Grundprobleme;
- Lösungen nicht nur für die Grundprobleme, sondern auch für deren Ursachen sowie die Förderung von „Papua, Land des Friedens“;
- Mittel und Wege, das Wiederaufleben solcher Probleme zu verhindern;
- die Rollen der einzelnen Beteiligten, die „Papua, Land des Friedens“ Wirklichkeit werden lassen wollen.

Einvernehmen zu diesen Punkten würde die Festlegung von Zwischenzielen im Dialogprozess ermöglichen.

10. Etappen des Dialogprozesses

Wenn die Frage eines Dialoges zur Überwindung des Papua-Konflikts bei Gesprächen oder in den Massenmedien gestellt wird, stellen sich viele sofort ein Treffen von Delegationen Indonesiens und Papuas am Verhandlungstisch vor. Meiner Meinung nach wäre ein solches Treffen aber nur eine Etappe, und zwar die Schlussetappe eines langen Dialogprozesses. Ein Dialog Jakarta-Papua darf nicht zu eng definiert oder eingegrenzt werden auf die Schlussetappe eines Prozesses. Die vorangehenden Etappen müssen ebenso als Bestandteil eines breiteren Dialogprozesses zwischen Jakarta und Papua gesehen werden. Es ist auch selbstverständlich, dass die Etappen des Dialoges zwischen Jakarta und Papua von beiden Seiten vereinbart und in den Rahmenbedingungen fixiert sein müssen.

Die Etappen des Dialoges sollten unter Berücksichtigung der Prinzipien, Ziele und Zwischenergebnisse formuliert werden, die beide Seiten unter Einbeziehung aller Menschen Papuas vereinbart haben. Dies könnten aus meiner Sicht vier Etappen sein:

1. interner Dialog unter indigenen Papuanern;
2. Dialog zwischen indigenen und nicht-indigenen Papuanern;
3. Dialog zwischen den Vertretern des papuanischen Volkes in Papua und im Ausland;
4. Dialog zwischen den Vertretern der indonesischen Regierung und des papuanischen Volkes.

10.1 Interner Dialog unter den indigenen Papuanern

Der interne Dialog unter den indigenen Papuanern wäre die erste Etappe eines umfassenden Dialogprozesses zum Papua-Konflikt. Der Prozess muss in Papua beginnen, wo der Konflikt beheimatet ist. In dieser ersten Etappe könnten die Dialogteilnehmer, also indigene Papuaner, eine Reihe von Fragen behandeln, wie z. B.:

- Was sind die Kennzeichen von „Papua, Land des Friedens“?
- Was sind die Probleme, die „Papua, Land des Friedens“ behindern?
- Welches sind die Ursachen dieser Probleme?
- Wie können diese Probleme gelöst werden?
- Wie können die Hauptursachen dieser Probleme beseitigt werden?
- Welche politischen Programme sind notwendig, um ein Wiederaufleben dieser Probleme in Zukunft zu verhindern?

- Welche Aufgaben und Verpflichtungen haben die verschiedenen Seiten (Regierung und Zivilgesellschaft), um Papua zu einem Land des Friedens zu machen?

Ich sehe für einen solchen internen Dialog unter den indigenen Papuanern zwei Ansatzmöglichkeiten. Die erste wäre ein Dialog an verschiedenen Orten in Papua mit einer abschließenden Plenarkonferenz mit Vertretern aller Stammesgruppen und -gebiete. Die zweite wäre die Durchführung einer großen Konferenz unter Teilnahme von Vertretern aller Stammesgruppen und -gebiete. Unabhängig davon, welche Variante gewählt wird, entscheidend für diesen Dialog ist, dass die Mehrheit, wenn nicht gar alle Papuaner einbezogen werden. Die Ergebnisse dieses internen Dialoges sollten dann an den Volksrat der Papua (MRP) weitergeleitet werden, da er die einzige Institution ist, die von der indonesischen Regierung als legitime kulturelle Vertretung des papuanischen Volkes anerkannt ist.

10.2 Dialog zwischen indigenen und nicht-indigenen Papuanern

Hat der Dialog unter den indigenen Papuanern stattgefunden, wäre der nächste Schritt der Dialog unter allen Bewohnern Papuas. Am Dialog teilnehmen sollten Vertreter der indigenen Papuaner und der nicht-indigenen Bewohner Papuas. Themen für den Dialog wären z. B.:

- Was sind die Kennzeichen von „Papua, Land des Friedens“?
- Was sind die Probleme, die „Papua, Land des Friedens“ behindern?
- Welches sind die Ursachen dieser Probleme?
- Wie können diese Probleme gelöst werden?
- Wie können die Hauptursachen dieser Probleme beseitigt werden?
- Welche politischen Programme sind notwendig, um ein Wiederaufleben dieser Probleme in Zukunft zu verhindern?
- Welche Aufgaben und Verpflichtungen haben die verschiedenen Seiten (Regierung und Zivilgesellschaft), um Papua zu einem Land des Friedens zu machen?

Es gibt zwei Möglichkeiten für den internen Dialog der Bewohner Papuas. Die erste wäre ein Dialog an verschiedenen Orten auf Papua und eine abschließende Plenarkonferenz mit Vertretern aller Bewohner Papuas und aller Gebiete. Die

zweite wäre die Durchführung einer großen Konferenz unter Teilnahme von Vertretern aller Bewohner Papuas. Unabhängig davon, welche Variante gewählt wird, sollte eine Mehrheit, wenn nicht alle Einwohner am Prozess beteiligt werden. Die Ergebnisse dieses Dialoges sollten dann an die Regionalversammlungen der Provinz Papua und der Provinz West-Papua als vertretungsberechtigte Institutionen weitergeleitet werden. Die Regionalversammlungen ihrerseits leiten die Ergebnisse des Dialoges über die jeweiligen Gouverneure an die Regierung Indonesiens weiter. Die Ergebnisse dieses Dialoges könnten der indonesischen Regierung als Material zur Vorbereitung auf den Dialog mit Vertretern Papuas dienen.

10.3 Dialog zwischen Vertretern des papuanischen Volkes in Papua und im Exil

Die Einbeziehung von im Ausland (im Exil) lebenden Papuanern ist ebenfalls unabdingbar für eine friedliche und demokratische Beilegung des Papua-Konflikts. Ohne ihre Beteiligung am Dialogprozess würde der Konflikt andauern, und das Volk Papuas könnte sich einer friedlichen Existenz nicht sicher sein. Deshalb müssen auch Exilpapuaner eingebunden werden.

Aus meiner Sicht muss auf den internen Dialog unter den indigenen Papuanern und dem Dialog zwischen indigenen und nicht-indigenen Papuanern als nächster Schritt ein Dialog unter indigenen Papuanern in Papua und im Ausland folgen. Dieser Dialog könnte sich Themen widmen, wie z. B.:

- Was sind die Kennzeichen von „Papua, Land des Friedens“?
- Was sind die Probleme, die „Papua, Land des Friedens“ behindern?
- Welches sind die Ursachen dieser Probleme?
- Wie können diese Probleme gelöst werden?
- Wie können die Hauptursachen dieser Probleme beseitigt werden?
- Welche politischen Programme sind notwendig, um ein Wiederaufleben dieser Probleme in Zukunft zu verhindern?
- Welche Aufgaben und Verpflichtungen haben die verschiedenen Seiten (Regierung und Zivilgesellschaft), um Papua zu einem Land des Friedens zu machen?

Dieser Dialog könnte im Ausland stattfinden. Vertreter aus Papua könnten die Beschlüsse und Ergebnisse des internen Dialoges als Diskussionsgrundlage vorstellen. Bei diesen Gesprächen könnten auch die Vertreter der indigenen Papuaner ernannt werden, die Papua künftig im Dialog mit der Regierung vertreten.

Die im Dialog zu erzielenden Vereinbarungen sollten die einheitliche Position des papuanischen Volkes widerspiegeln. Dies würde helfen, den Boden für den Dialog mit der Regierung zu bereiten. Die im internen Dialog erzielten Ergebnisse könnten die Agenda für den Dialog zwischen den Vertretern des papuanischen Volkes und der Regierung bilden.

10.4 Dialog zwischen Vertretern der indonesischen Regierung und des papuanischen Volkes

Dies wäre die Schlussetappe im Dialogprozess. Vertreter der Regierung und des papuanischen Volkes führen jetzt einen Dialog, den eine dritte Seite moderiert, auf die sich die Konfliktparteien geeinigt haben. Auch in diesem Dialog diskutieren die Teilnehmer die Themen, die bereits in den vorangegangenen Etappen auf der Tagesordnung standen:

- Was sind die Kennzeichen von „Papua, Land des Friedens“?
- Was sind die Probleme, die „Papua, Land des Friedens“ behindern?
- Welches sind die Ursachen dieser Probleme?
- Wie können diese Probleme gelöst werden?
- Wie können die Hauptursachen dieser Probleme beseitigt werden?
- Welche politischen Programme sind notwendig, um ein Wiederaufleben dieser Probleme in Zukunft zu verhindern?
- Welche Aufgaben und Verpflichtungen haben die verschiedenen Seiten (Regierung und Zivilgesellschaft), um Papua zu einem Land des Friedens zu machen?

Da bereits jede dieser Fragen vorab erörtert wurde, kann sich jede Seite an den Verhandlungstisch setzen und die Ergebnisse der vorangegangenen Dialoge vorstellen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Möglichkeit zur Vertiefung des Verständnisses jeder dieser Fragen, zur detaillierten Reflexion und Diskussion die Vertreter der Regierung und des papuanischen Volkes in die Lage versetzt, sich über eine Reihe von Themen zu einigen.

Allerdings reicht eine Übereinkunft allein nicht aus, um aus Papua ein Land des Friedens zu machen. Vereinbart werden muss auch, wie die im Laufe des Dialoges erreichten Übereinkünfte umgesetzt werden. Die Regierung und das papuanische Volk müssen sich gemeinsam verpflichten, Vereinbarungen konkret und nachvollziehbar umzusetzen.

11. Dialogpartner

Aus den vorangegangenen Erklärungen sollte bereits klar sein, wer am Dialog teilnimmt. Die Teilnehmer am internen Dialog unter den indigenen Papuanern wären ausschließlich indigene Papuaner. In der zweiten Etappe stehen dann indigene und nicht-indigene Papuaner im Dialog miteinander. Die Teilnehmer der dritten Etappe wären wiederum indigene Papuaner. In der abschließenden Etappe beteiligen sich dann Verhandlungsgruppen am Dialog, die aus Vertretern der Regierung Indonesiens und aus indigenen Papuanern bestehen. Hervorzuheben ist, dass im gesamten Prozess Ausländern nicht die Möglichkeit gegeben wird, am Dialog teilzunehmen.

Ein Thema, das noch die ungeteilte Aufmerksamkeit der indigenen Papuaner verlangt, ist die Zusammensetzung der Dialogpartner, insbesondere in der Schlussetappe des Dialoges mit der Regierung. In dieser Phase wären die Teilnehmer eingebunden in die Arbeit von drei Gremien – einer Verhandlungsgruppe, eines Unterstützungsteams und eines Lenkungsausschusses. Die Gremien haben dabei unterschiedliche Rollen zu spielen.

Die Teilnehmer des Dialogforums wären die Verhandlungsgruppen der beiden Konfliktparteien. Jede Gruppe sollte nicht mehr als drei bis fünf Mitglieder haben. Die Verhandlungsgruppen hätten das Mandat der Seite, die sie vertreten. Als solche kennen sie die Probleme Papuas als auch das politische und verwaltungstechnische System Indonesiens und sind in der Lage, ihre Vorstellungen rational darzulegen. Wer für die Arbeit in den Verhandlungsgruppen benannt wird, muss sich darüber im klaren sein, dass der Dialog keine Plattform zur Darstellung von Emotionen ist, sondern dass es um die Suche nach einer friedlichen Lösung und die Erzielung von Kompromissen geht, die dazu beitragen, dass die andere Seite „das Gesicht wahrt“. Verhandlungsführer, die emotional agieren und sich nicht an die vorab vereinbarten Regeln für den Dialog halten, dürfen an den weiteren Dialogrunden nicht teilnehmen. Das ist wichtig zur Sicherung der Integrität des Prozesses.

Jede Verhandlungsgruppe muss durch kompetente Personen unterstützt werden. In Beraterteams sollten Menschen tätig sein, die Vertrauen genießen und ein Mandat der Seite haben, die sie vertreten. Sie müssen in der Lage sein, die benannten Verhandlungsführer zu unterstützen. Sie müssen Ideen, Vorstellungen und Informationen zur Unterstützung der Verhandlungsführer liefern. Sie müssen während des Dialoges präsent sein, sind aber nicht als Teilnehmer in die eigentlichen Verhandlungen involviert.

Die Verhandlungsgruppen und Beraterteams werden von ihren jeweiligen Lenkungsausschüssen begleitet. Ausschussmitglieder müssen nicht beim Dialog vor Ort sein, sondern können sich an ihrem ständigen Wohnort aufhalten. Die Verantwortung läge beim Lenkungsausschuss. Er gibt der Verhandlungsgruppe und dem Beraterteam die Richtung vor. Die Verhandlungsgruppe könnte den im Verlaufe der Gespräche unterbreiteten Vorschlägen ohne vorherige Billigung durch den Lenkungsausschuss nicht zustimmen. Das Verhandlungsteam muss sich also mit dem Lenkungsausschuss beraten, wenn es im Dialog neue Vorschläge gibt. Die Verhandlungsgruppen könnten Lösungsvorschläge nur dann akzeptieren, wenn dies mit dem Lenkungsausschuss abgesprochen ist.

Jede Seite benennt ihre Vertreter für den Lenkungsausschuss. Jede Seite wählt und benennt Personen, die als Berater und als Mitglieder des Verhandlungsteams fungieren können.

12. Vermittler

Die Bedeutung von Vermittlern im gesamten Dialogprozess sollte nicht unterschätzt werden. Mit ihrer Präsenz und der ihnen übertragenen Rolle unterstützen sie entscheidend den Dialogprozess. Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Institutionen, die in verschiedenen Etappen als Vermittler tätig werden könnten:

1. **Der Volksrat der Papuas (Majelis Rakyat Papua/MRP)**, die offiziell anerkannte Kulturvertretung der indigenen Papuaner, könnte als Vermittler im internen Dialog der indigenen Papuaner in Papua wirken.
2. **Die Regionalversammlung der Provinz Papua (Dewan Perwakilan Rakyat Papua/DPRP)**, die offizielle Institution zur Vertretung indonesischer Bürger in der Provinz Papua, könnte als Vermittler im Dialog der Papuaner in der Provinz Papua eingesetzt werden.
3. **Die Regionalversammlung der Provinz West-Papua (Dewan Perwakilan Rakyat Papua Barat/DPRPB)**, die offizielle Institution zur Vertretung indonesischer Bürger in der Provinz West-Papua, könnte zum Vermittler im Dialog zwischen den Papuanern in der Provinz West-Papua ernannt werden.
4. **Die Westpapuanische Nationale Befreiungskoalition (WPNCL)** in Port Villa (Vanuatu) könnte als Vermittlerin im Dialog zwischen den in Papua und den im Exil lebenden indigenen Papuanern wirken. Die von mehreren papuanischen Gruppen gegründete Koalition ist die Dachorganisation aller Organisationen.
5. **Eine neutrale und unabhängige dritte Seite** könnte als Vermittler zwischen Vertretern der Regierung und dem papuanischen Volk in der Schlussetappe des Dialoges tätig werden. Die Präsenz einer dritten Seite würde das gegenseitige Vertrauen zwischen den beiden Konfliktparteien stärken.

13. Beitrag von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen

Forschungseinrichtungen und Experteninstitutionen könnten einen wesentlichen Beitrag zum Gesamtprozess des Dialoges Jakarta-Papua leisten. Mir schweben Einrichtungen vor wie z. B. die Cenderawasih-Universität (*Unicen*) in Jayapura, die Universität von Papua (*Unipa*) in Manokwari und das Indonesische Institut der Wissenschaften (LIPI) in Jakarta. Jede dieser drei Institutionen hat eine Reihe von Aspekten des Lebens in Papua erforscht. Ihr Beitrag zum Dialog könnte daher in der wissenschaftlichen Erforschung der Probleme in Papua liegen. Die Forschungsergebnisse könnten den Diskussions- und Reflexionsprozess fördern. Wissenschaftliche Untersuchungen wären für die Regierung und die Papuaner hilfreich beim besseren Verständnis und der Klarstellung der zu bewältigenden Probleme und bei der Suche nach gerechten und angemessenen Lösungen für die Schaffung von Frieden in Papua. Damit könnten Menschen auf beiden Seiten die Probleme objektiv erfassen und rationale Lösungen vorschlagen.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen könnten von allen Seiten genutzt werden, um Anstrengungen zur friedlichen Beilegung des Papua-Konfliktes zu unternehmen. Kompetente Personen müssen in den Dialogprozess integriert werden, damit die Untersuchungsergebnisse gemeinsam genutzt werden können. Bei der wissenschaftlichen Forschung ist nicht der Hintergrund eines Wissenschaftlers von Bedeutung, sondern seine Erkenntnisse. Ich halte es deshalb für geraten, einige Experten der erwähnten drei Institutionen einzubinden, die mit ihren Erkenntnissen einen Beitrag zum Dialog leisten könnten, insbesondere im internen Dialog unter den indigenen Papuanern (Etappe 1) und den Bewohnern Papuas (Etappe 2). Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen könnten von der Regierung Indonesiens und den Papuanern im Dialogprozess diskutiert werden.

14. Die Rolle einer dritten Seite

Die Einbeziehung einer dritten Seite in den Dialog Jakarta-Papua soll in keiner Weise den Papua-Konflikt internationalisieren. Deren Rolle bestünde darin, den Konfliktparteien bei der Suche nach einer friedlichen Lösung zu helfen. Es besteht auch nicht die Absicht, ausländischen Interessen die Einmischung in innere Angelegenheiten zu gestatten. Die indonesische Regierung kennt aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen als Vermittlerin in Dialogen und Gesprächen zur Konfliktlösung auf der internationalen Bühne bestens die Bedeutung der Zusammenarbeit mit einer dritten Seite als Vermittlerin im Dialog und in den Verhandlungen.

Als Papuaner kann ich mich ebenfalls von der Rolle neutraler und unabhängiger Dritter bei der Mediation von Konfliktfällen in der kulturellen Praxis einiger Stämme in Papua inspirieren lassen. In den papuanischen Kulturen erfordert die Lösung eines Konfliktes zwischen zwei Menschen, Familien oder Gruppen einen Dritten. Im allgemeinen ist diese dritte Seite, die die Rolle eines Vermittlers übernimmt, jemand, den beide Konfliktparteien kennen und dem sie vertrauen. Solche Personen sind neutral, klug und erfahren bei der gerechten und friedlichen Vermittlungstätigkeit zur Lösung von Konflikten. Aufgrund ihrer eigenen kulturellen Erfahrungen unterstützen Papuaner die Rolle einer dritten Seite im Dialog zum Papua-Konflikt.

Allerdings muss auch klargestellt werden, dass eine dritte Seite als Vermittler im Dialog zwischen der Regierung Indonesiens und dem papuanischen Volk keine indonesische Institution sein kann. *Erstens* erfordert die Situation in Papua die Beteiligung einer von außerhalb Indonesiens kommenden dritten Seite, unabhängig davon, welche Institution das ist. In Papua geht es nicht um einen Konflikt zwischen den Kirchen Papuas oder um einen Konflikt zwischen Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit. Es handelt sich auch nicht um einen Konflikt zwischen indigenen und nicht-indigenen Papuanern. Was derzeit in Papua völlig ungelöst ist, das ist der Konflikt zwischen den indigenen Papuanern und der Regierung Indonesiens. Deshalb könnten weder der Indonesische Kirchenrat oder der Indonesische Rat der Ulama noch die Indonesische Bischofskonferenz als Vermittler im Dialog Jakarta-Papua tätig werden. Ihre Beteiligung, soweit diese überhaupt erfolgt, muss beschränkt sein auf die Rolle von Beobachtern. Es bleibt eine Tatsache, dass indonesische Institutionen anfällig sind für Interventionen der Regierung und die Papuaner deshalb nicht von deren Neutralität überzeugt sind.

Zweitens sollte auch die Beziehung zwischen den Papuanern und der Regierung berücksichtigt werden. In den letzten 40 Jahren war diese Beziehung von Gewalt und gegenseitigem Misstrauen geprägt. Als eng konnte man das Verhältnis zu keiner Zeit bezeichnen. Ein von einer indonesischen Instanz vermittelter Dialog, selbst einer mit internationalem Ansehen, würde Misstrauen und Argwohn nur vertiefen und verschlimmern. Das wäre unvereinbar mit dem gemeinsamen Wunsch, einen Dialog zwischen Jakarta und Papua auf eine Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu stellen.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen muss also eine dritte Seite als Vermittler im Dialog von außerhalb kommen. Die Einbeziehung einer dritten Seite wäre von entscheidender Bedeutung für die Vertrauensbildung zwischen beiden Konfliktparteien. Eine dritte Seite könnte ihre Rolle in drei verschiedenen Phasen ausfüllen. *Erstens* könnte eine dritte Seite Gespräche zwischen Vertretern der beiden anderen Seiten zum Entwurf, zur Diskussion und Anerkennung der Rahmenbedingungen bezüglich Grundprinzipien, Endzielen, Zwischenergebnissen, Etappen, Rolle des Vermittlers, Ort der Gespräche und finanziellen Mitteln für den Dialog vermitteln. Die Diskussion über diese Rahmenbedingungen könnte an einem neutralen Ort außerhalb Indonesiens stattfinden, damit sich alle Beteiligten frei äußern können. In der zweiten Phase könnte der von dritter Seite benannte Vermittler in einem Dialog zwischen der Regierung Indonesiens und Papuanern aktiv werden, um eine gemeinsame Übereinkunft zu erzielen. In der dritten und abschließenden Phase könnte die dritte Seite die Umsetzung der Vereinbarung kontrollieren.

15. Beobachtung der Folgeentwicklung

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung wäre noch nicht die letzte Etappe der Lösung des Konflikts in Papua. Wenn sich die Regierung Indonesiens und das papuanische Volk auf eine Vereinbarung verständigt haben, stehen sie vor einer noch viel schwierigeren Aufgabe – der Durchführung konkreter Folgemaßnahmen zur Umsetzung der gemeinsamen Vereinbarung. Die Verpflichtung beider Seiten zur friedlichen Beilegung des Papua-Konfliktes muss sich beweisen, nachdem in der letzten Etappe des Dialoges eine Vereinbarung getroffen wurde. Wird diese Vereinbarung nicht umgesetzt, wären alle Anstrengungen und Opfer auf dem Wege dahin umsonst gewesen. Das Gesamtkonzept eines Dialoges zwischen Jakarta und Papua wäre bedeutungslos. Beide Seiten würden an Glaubwürdigkeit verlieren.

Eine dritte Seite könnte auch weiterhin eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Umsetzung der Vereinbarung spielen. Wenn die Regierung und das papuanische Volk eine Vereinbarung unterzeichnet haben, kann die dritte Seite allerdings nicht mehr als Vermittler wirken. Sie hätte dann die Rolle eines Beobachters mit der Aufgabe, die Umsetzung der in der letzten Phase des Dialoges erzielten Vereinbarung zu unterstützen und zu überwachen.

Aus Sicht des papuanischen Volkes ist die Rolle einer dritten Seite in dieser abschließenden Etappe lebensnotwendig und fundamental. Das ergibt sich aus den Erfahrungen der Papuaner in der Vergangenheit. Da die Regierung das Gesetz über die Sonderautonomie für Papua nicht konsequent verwirklicht hat, fürchten die Papuaner, dass die Regierung auch keinerlei im Dialogprozess erzielte Vereinbarungen einhält. Um Vertrauen der Papuaner in die Regierung aufzubauen, müsste eine dritte Seite die Umsetzung einer Vereinbarung überwachen. Wenn eine dritte Seite bei der Unterstützung, Beschleunigung und Ausrichtung des Prozesses eine Rolle spielt, könnten Regierung und Papuaner der internationale Gemeinschaft zeigen, dass beide Seiten wirklich alle in der abschließenden Phase des Dialoges erzielten Übereinkünfte einzuhalten bestrebt sind. Wenn alle Vereinbarungen effizient und konsequent umgesetzt werden, bin ich zuversichtlich, dass Papua ein Land des Friedens werden kann.

Fazit

Abschließend möchte ich vier Punkte hervorheben. *Erstens* habe ich hier bewusst auf die Erörterung von Themen verzichtet, die Teil der Agenda eines Dialoges zwischen Jakarta und Papua bilden könnten. Der Grund dafür ist, dass die Tagesordnungspunkte, so hoffe ich, bei der Diskussion der Schlüsselfragen offensichtlich geworden sind, wie sie für den Dialog zwischen den indigenen Papuanern, zwischen allen Bewohnern Papuas und zwischen indigenen Papuanern in Papua und im Exil vorgeschlagen wurden. Natürlich müssen sich zu gegebener Zeit beide Seiten auf eine Tagesordnung für ihre Diskussion einigen.

Zweitens fragen sich bislang viele, wer denn das Volk Papuas in einem Dialog mit der indonesischen Regierung vertreten würde. Die Antwort auf diese Frage muss sich auf das Prinzip gründen, dass die indonesische Regierung in einen Dialog mit denjenigen Papuanern treten muss, die sie als ihre Feinde betrachtet. Die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppe auf papuanischer Seite muss von den Papuanern selbst diskutiert und entschieden werden, und zwar in einem internen Dialog in der dritten Etappe des Prozesses zwischen Vertretern des papuanischen Volkes in Papua und Exil-Papuanern. Es ist deshalb wichtig, dass die dritte Dialogetappe die volle Unterstützung der indonesischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft erhält.

Drittens streben sowohl die indonesische Regierung als auch das Volk Papuas eine Beilegung des Papua-Konfliktes durch einen friedlichen Dialog an. Dieser Dialogprozess muss allerdings erst noch beginnen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es also dringend erforderlich, einen Prozess informeller Gespräche zwischen verschiedenen Vertretern Jakartas und Papuas einzuleiten, bei denen Gedanken ausgetauscht und Optionen eines konstruktiven und gegenseitig befriedigenden Dialoges zwischen Jakarta und Papua sondiert werden.

Viertens bin ich zutiefst davon überzeugt, dass beim Zustandekommen eines Dialoges Jakarta-Papua die indonesische Regierung (nicht das Volk Papuas) Lob, Respekt und Vertrauen der internationalen Gemeinschaft ernten wird.

Die Zeit ist gekommen, nach vorn zu schauen und die ersten Schritte zu gehen, damit wir unser gemeinsames Ideal, „Papua, Land des Friedens“, verwirklichen. Die Diskussionen, sowohl informelle als auch formelle, über den Konflikt in Papua können nun beginnen.

Fußnoten

- 1 Zu meiner persönlichen Sicht auf den Papua-Konflikt siehe NELES TEBAY, *West Papua: The Struggle for Peace with Justice [Der Kampf für den Frieden in Gerechtigkeit]*, Catholic Institute for International Relations/CIIR, London, 2005
- 2 Das Indonesische Institut der Wissenschaften (LIPI) hat für Papua vier Konfliktquellen herausgearbeitet: 1. die Marginalisierung und Diskriminierung indigener Papuaner; 2. Entwicklungsdefizite, insbesondere in der Bildung, Gesundheit und Förderung der Wirtschaft in den Gemeinden; 3. die Geschichte staatlicher Gewalt; 4. Widersprüche in der Geschichte und den politischen Identitätskonstrukten von Papua und Jakarta. Siehe TIM LIPI, *Papua Road Map [Fahrplan für Papua]*, LIPI, Jakarta, 2008
- 3 Einzelheiten über die Militäroperationen vor 1990 siehe BUDIARDJO C. – LIONG L.S., *West Papua: The Obliteration of a People [West-Papua – die Auslöschung eines Volkes]*, Tapol, London, 1988, S. 77-92
- 4 Informationen zu den Militäroperationen in Mapunduma siehe LEMBAGA STUDY DAN ADVOKASI HAK-HAK ASASI MANUSIA, *Laporan dari Mapunduma*, 21. Februar 2000
- 5 Einzelheiten zum Fall Wasior siehe AMNESTY INTERNATIONAL, *Grave Human Rights Violations in Wasior, Papua [Schwere Menschenrechtsverletzungen in Wasior (Papua)]*, Amnesty International, London 2002
- 6 Informationen zum Zwischenfall in Wamena siehe KOALISI LEMBAGA SWADAYA MASYARAKAT, *Laporan Awal Kasus Wamena*, 4. April 2003
- 7 WIDIYANTI A., „Warga Papua Laporkan Kekerasan Oleh TNI ke Komnas HAM“, in: *detik.com*, 22. November 2004
- 8 „Otonomi Khusus Papua Gagal“, in: *Sinar Harapan*, 26. November 2008
- 9 ODEODATA H JULIA, „Gubernur Papua: 72 Persen Penduduk Papua Miskin“, in: *Sinar Harapan*, 2. Februar 2007
- 10 Gesetz über die Sonderautonomie für Papua, Nr. 21/2001, Abs. 77
- 11 „Otonomi Khusus Papua Gagal“, in: *Sinar Harapan*, 26. November 2008
- 12 „Implementasi Otsus Papua Kacau Balau“, in: *Bintang Papua*, 19. November 2008
- 13 RIDWAN MAX SIJABAT, „Government Blamed for Stagnant Special Autonomy in Papua“ [Regierung trägt Schuld an der schleppenden Sonderautonomie Papuas], in: *The Jakarta Post*, 29. März 2008
- 14 *The Jakarta Post.com*, 4. März 2008
- 15 Medienerklärung, 10. März 2008, Vorsitzende des Unterausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses fordern Indonesien auf, die überzogenen Einschränkungen für den internationalen Zugang zu West-Papua zu beenden.
- 16 Siehe Schreiben der 40 Abgeordneten des US-Kongresses an Präsident Susilo Bambang Yudhoyono vom 29. Juli 2008
- 17 „Hasil IPWP London diumumkan“, in: *Cenderawasih Pos*, 22. Oktober 2008
- 18 Mitschrift der Rede von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono anlässlich der nationalen ökumenischen Weihnachtsfeier, Jakarta Convention Center, 27. Dezember 2005, sowie „Presiden: Pertahankan Suasana Damai di Indonesia“, in: *Sinar Harapan*, 28. Dezember 2005
- 19 PRÄSIDENT SUSILO BAMBANG YUDHOYONO, *Grundsatzrede des Präsidenten der Republik Indonesien und Regierungserklärung zum Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2006 sowie Anmerkungen der Regierung zum Haushalt im Plenum des Abgeordnetenhauses am 16. August 2005*
- 20 NIKEN WIDYA YUNITA, „SBY akan selesaikan masalah papua secara demokratis“, in: *detik.com*, 25. November 2005
- 21 KURNIAWAN HARI, „EU backs RI's stance on Papua“ [EU unterstützt Haltung Indonesiens zu Papua], in: *The Jakarta Post*, 22. April 2006
- 22 NURVITA INDARINI, „Menlu: Kasus Papua akan dituntaskan lewat dialog“, in: *detik.com*, 21. April 2006
- 23 ABDUL KHALIK, „Flag raising 'not act of separatism'“ [Das Hissen der Flagge ist kein separatistischer Akt], in: *The Jakarta Post*, 19. September 2008
- 24 KURNIAWAN HARI, „EU backs RI's stance on Papua“ [EU unterstützt Haltung Indonesiens zu Papua], in: *The Jakarta Post*, 22. April 2006
- 25 MOHAMMAD NUR HAYID, „Mendesak, Dialog Soal Papua“, in: *detik.com*, 26. März 2006
- 26 „Pemerintah perlu segera gelar dialog soal Papua“, in: *Kompas*, 12. Mai 2006
- 27 „Kofi Anan akan bertemu elite Papua di Darwin“, in: *Suara Pembaruan*, 11. Mai 2006
- 28 „Mari Kita Luruskan Sejarah Papua Barat“, Resolution des Zweiten Papua-Kongresses, Juni 2000
- 29 Siehe „OPM Ingin Berdamai“, in: *Papua Post*, 13. Dezember 2002
- 30 Die Westpapuanische Nationale Befreiungskolalition (WPNCL) ist eine Organisation, die alle für ein unabhängiges West-Papua kämpfenden Gruppen vereinigt und als Dachorganisation fungiert; gegründet im April 2008 in Port Villa (Vanuatu).
- 31 Pressemitteilung der WPNCL, 29. April 2008
- 32 LEO LABA LADJAR, „Kongres Papua: Memutuskan Apa?“, in: *Berita Keuskupan Jayapura*, 30 (2000), S. 7
- 33 Einen Überblick über die Positionen der Bischöfe in Papua vermittelt PIMPINAN-PIMPINAN GEREJA KATOLIK, *Gambaran Permasalahan di Papua*, SKP Jayapura, Jayapura, 2000.
- 34 Ein Beispiel einer gemeinsamen Erklärung von Kirchenführern mit der Forderung nach einem Dialog zwischen der Regierung und dem Volk Papuas ist PIMPINAN-PIMPINAN GEREJA, *Pokok-pokok pikiran Gereja-gereja di Papua Mengenai Tragedi Kemanusiaan di Wamena*, 6. Oktober 2000.
- 35 „Pernyataan Keprihatinan Para Pimpinan Gereja“, 22. Oktober 2008
- 36 NETHY DHARMA SOMBA, „Papuan Church Leaders Call for Peaceful Talks to End Dispute“ [Papuas Kirchenführer rufen zu friedlichen Verhandlungen über Ende der Auseinandersetzungen auf], in: *The Jakarta Post*, 30. Oktober 2008
- 37 Siehe die von 87 Religionsführern unterzeichnete Gemeinsame Erklärung vom 15. September 2005
- 38 PIMPINAN-PIMPINAN AGAMA DI PAPUA, *Seruan Penghentian Tindak Kekerasan di Tanah Papua*, tanggal 14. Juni 2001. Im folgenden *Seruan penghentian Tindak kekerasan di Tanah Papua 14. Juni 2001* genannt.
- 39 PIMPINAN-PIMPINAN AGAMA DI PAPUA, *Musyawarah Antar pimpinan Umat Beragama*, tgl 27-28. Mai 2002, in: Jayapura, Nr. II, 1.f.
- 40 Punkte aus der Erklärung des Konsultativforums religiöser Führer in Papua (Forum Komunikasi Para Pimpinan Agama (FKPPA), Workshop zu „Papua, Land des Friedens“, 3.-7. Dezember 2007, wozu auch ein Aufruf zum Dialog zwischen der indonesischen Regierung und dem papuanischen Volk gehört. Siehe NELES TEBAY, „Turning Papua into Land of Peace“ [Papua zu einem Land des Friedens machen], in: *The Jakarta Post*, 3. Januar 2008
- 41 Konsultativforum religiöser Führer in Papua (Forum Komunikasi Para Pimpinan Agama (FKPPA)), „Membangun Papua Tanah Damai ditengah Berbagai Tantangan“, Appell des FKPPA an alle Glaubensgemeinschaften am Vorabend des Tages des Friedens in Papua, 5. Februar 2008, übergeben von TVRI und RRI durch den Vorsitzenden des FKPPA, Mgr. Leo Laba Ladjar OFM
- 42 „NGOs Call for National Dialogue to End Conflict in Papua“ [NROs rufen zum nationalen Dialog auf, um Konflikt in Papua zu beenden], in: *Antara*, 14. Januar 2004
- 43 „Ratusan Mahasiswa Datangi DPRP Provinsi Tuntut Segera Dilakukan Dialog Internasional“, in: *Cenderawasih Pos*, 19. Oktober 2004
- 44 Siehe „Papuan Women's Groups Call for Dialogue to End Decades of Cloud“ [Papuanische Frauengruppen rufen zum Dialog auf, um Jahrzehnte der Düsternis zu beenden], in: *The Jakarta Post.com*, 27. November 2008
- 45 Das von den Religionsführern Papuas vertretene Konzept „Papua, Land des Friedens“ ist dargelegt in: J. BUDI HERNAWAN (Hrsg.), *Papua, Land of Peace: Addressing Conflict, Building Peace in West Papua [Papua, Land des Friedens: Konfliktlösung und Frieden in West-Papua]*, SKP Jayapura, Jayapura, 2006; siehe auch: NELES TEBAY, *Interfaith Endeavours for Peace in West Papua [Gemeinsame Anstrengungen der Religionsgemeinschaften für den Frieden in West-Papua]*, missio, Aachen, 2006; TIM SKP JAYAPURA, *Membangun Budaya Damai dan Rekonsiliasi: Dasar Menangani Konflik di Papua*, SKP Jayapura, Jayapura, 2006

- 1 **Zur Lage der Menschenrechte in der VR China – Religionsfreiheit**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 201
englisch (2002) – Bestellnummer 600 211
französisch (2002) – Bestellnummer 600 221
- 2 **Menschenrechte im Kongo: von 1997 bis 2001**
Die schwierige Lage der Kirchen
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 202
englisch (2001) – Bestellnummer 600 212
französisch (2002) – Bestellnummer 600 222
- 3 **Zur Lage der Menschenrechte in Indonesien. Religionsfreiheit und Gewalt**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 203
englisch (2002) – Bestellnummer 600 213
französisch (2002) – Bestellnummer 600 223
- 4 **Osttimor – der schwierige Weg zur Staatswerdung**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 204
englisch (2002) – Bestellnummer 600 214
französisch (2002) – Bestellnummer 600 224
- 5 **Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei – Laizismus = Religionsfreiheit?**
deutsch (2001) – Bestellnummer 600 205
englisch (2002) – Bestellnummer 600 215
französisch (2002) – Bestellnummer 600 225
- 6 **Verfolgte Christen? Dokumentation einer internationalen Fachtagung Berlin, 14./15. September 2001**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 206
englisch (2002) – Bestellnummer 600 216
französisch (2002) – Bestellnummer 600 226
- 7 **Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen. Auswertung einer Befragung von Mitarbeiter/innen katholischer kirchlicher Einrichtungen aus 19 afrikanischen Staaten**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 207
englisch (2002) – Bestellnummer 600 217
französisch(2002) – Bestellnummer 600 227
- 8 **Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen. Situationsbericht aus dem Sudan**
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 208
- 9 **Zur Lage der Menschenrechte in Vietnam. Religionsfreiheit**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 230
englisch (2002) – Bestellnummer 600 231
französisch (2002) – Bestellnummer 600 232
- 10 **Zur Lage der Menschenrechte in Sri Lanka. Über den Einsatz der katholischen Ortskirche für Frieden und Gerechtigkeit.**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 233
englisch (2002) – Bestellnummer 600 234
französisch (2002) – Bestellnummer 600 235
- 11 **Zur Lage der Menschenrechte in Simbabwe**
deutsch (2002) – Bestellnummer 600 236
englisch (2002) – Bestellnummer 600 237
französisch (2002) – Bestellnummer 600 238
- 12 **Zur Lage der Menschenrechte in Südkorea**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 239
englisch (2003) – Bestellnummer 600 240
französisch (2003) – Bestellnummer 600 241
- 13 **Zur Lage der Menschenrechte im Sudan**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 242
englisch (2005) – Bestellnummer 600 243
französisch (2005) – Bestellnummer 600 244
- 14 **Zur Lage der Menschenrechte in Nigeria**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 245
englisch (2003) – Bestellnummer 600 246
französisch (2003) – Bestellnummer 600 247
- 15 **Zur Lage der Menschenrechte in Ruanda**
deutsch (2003) – Bestellnummer 600 248
englisch (2003) – Bestellnummer 600 249
französisch (2003) – Bestellnummer 600 250
- 16 **Zur Lage der Menschenrechte in Myanmar/Burma. Kirche unter Militärdiktatur**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 251
englisch (2004) – Bestellnummer 600 252
französisch (2004) – Bestellnummer 600 253
- 17 **Zur Lage der Religionsfreiheit im Königreich Kambodscha.**
deutsch/englisch/französisch (2004) – Bestellnummer 600 254
- 18 **Zur Lage der Menschenrechte in Laos**
deutsch/englisch/französisch (2004) – Bestellnummer 600 257
- 19 **Zur Lage der Menschenrechte in Ägypten**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 260
englisch (2004) – Bestellnummer 600 261
französisch (2004) – Bestellnummer 600 262
- 20 **Die Türkei auf dem Weg nach Europa – Religionsfreiheit?**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 264
englisch (2004) – Bestellnummer 600 265
französisch (2004) – Bestellnummer 600 266
- 21 **Möglichkeiten christlich-islamischer Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Menschenrechte und dem Aufbau von Zivilgesellschaften – Dokumentation einer internationalen Fachtagung. 11. bis 14.März 2002, Berlin – Band 1**
deutsch (2004) – Bestellnummer 600 268
englisch (2004) – Bestellnummer 600 269
französisch (2004) – Bestellnummer 600 270
- 22 **Möglichkeiten christlich-islamischer Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Menschenrechte und dem Aufbau von Zivilgesellschaften – Dokumentation einer internationalen Fachtagung. 11. bis 14.März 2002, Berlin – Band 2**
deutsch (2005) – Bestellnummer 600 271
englisch (2005) – Bestellnummer 600 272
französisch (2005) – Bestellnummer 600 273
- 23 **Zur Lage der Menschenrechte in Liberia: Ein Traum von Freiheit – Der Einsatz der Katholischen Kirche für Frieden und Gerechtigkeit**
deutsch (2005) – Bestellnummer 600 274
englisch (2005) – Bestellnummer 600 275
französisch (2005) – Bestellnummer 600 276
- 24 **Zur Lage der Menschenrechte in Papua (Indonesien)**
deutsch (2006) – Bestellnummer 600 277
englisch (2006) – Bestellnummer 600 278
französisch (2006) – Bestellnummer 600 279
indonesisch (2006) – Bestellnummer 600 280
- 25 **Osttimor stellt sich seiner Vergangenheit – die Arbeit der Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission**
deutsch (2005) – Bestellnummer 600 281
englisch (2005) – Bestellnummer 600 282
französisch (2005) – Bestellnummer 600 283
indonesisch (2005) – Bestellnummer 600 284
- 26 **Asyl für Konvertiten? Zur Problematik der Glaubwürdigkeitsprüfung eines Glaubenswechsels durch Exekutive und Judikative**
deutsch/englisch/französisch (2007) – Bestellnummer 600 285
- 27 **Zur Lage der Menschenrechte in der Volksrepublik China – Wandel in der Religionspolitik?**
deutsch (2008) – Bestellnummer 600 286
englisch (2008) – Bestellnummer 600 287
französisch (2008) – Bestellnummer 600 288
- 28 **Zur Lage der Menschenrechte in Myanmar/Birma. Erste politische Schritte einer Minderheitenkirche**
deutsch (2008) – Bestellnummer 600 289
englisch (2008) – Bestellnummer 600 290
französisch (2008) – Bestellnummer 600 291
- 29 **Simbabwe – der Wahrheit ins Auge sehen, Verantwortung übernehmen**
deutsch/englisch/französisch (2002) – Bestellnummer 600 292